

Inhaltsverzeichnis

1. Blackrock
2. Bayer
3. BASF
4. Allianz
5. Friedrich Merz
6. Apple
7. Amazon
8. Atlantik-Brücke
9. Bruegel
10. Bundesverband Alternative Investments
11. Bundesverband Investment und Asset Management
12. Eurofi
13. European Parliamentary Financial Services Forum
14. BP Europa

BlackRock

Die Firma **BlackRock** ist der größte Vermögensverwalter und gleichzeitig das einflussreichste Finanzunternehmen der Welt. BlackRock ist bei vielen großen Aktiengesellschaften als Großaktionär vertreten, darunter [Bayer](#), [BASF](#), [Allianz](#) und [E.ON](#).^[1]

Damit geht ein hoher direkter und indirekter Lobbyeinfluss einher: Allein 2022 gab das Unternehmen nach eigenen Angaben circa 3,5 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus.^[2] Mitunter bestehen starke Verflechtungen in die Politik, so war etwa der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der BlackRock Asset Management Deutschland AG.^[3]

BlackRock gilt gemeinhin als Schattenbank, da sie nicht den Reglementierungen traditioneller Banken unterliegt und auch eine statistische Erfassung der Transaktionen weitgehend ausbleibt. Als „too big to fail“-Privatunternehmen kann es in Krisenzeiten auf die Unterstützung von Staaten vertrauen. Darüber hinaus bemängeln Kritiker:innen die undurchsichtige Eigentümerstrukturen und zweifelhafte Investitionsmodelle (etwa in fossile Energien).

BlackRock, Inc.

Branche Finanzen

Hauptsitz New York, In Deutschland:

1. Bockenheimer Landstrasse 2-4,
OpernTurm Complex, 60306
Frankfurt/M

2. Lenbachplatz 1, 80333 München

Lobbybüro

Deutschland

d

Lobbybüro 35 Square de Meeus, Brussels

EU 1000

Webaddress blackrock.com

e

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftstätigkeit	3
2 Wettbewerbsminderung durch Minderheitsbeteiligungen von Vermögensverwaltern an Anbietern einer Branche	3
3 Organisationsstruktur und Personal	4
3.1 Aktionäre von BlackRock	4
3.2 BlackRock als Aktionär	4
3.3 Wichtige Personen	4
4 Lobbystrategien und Einfluss	4
4.1 EU-Lobbying	4
4.2 Lobbyaktivitäten in Deutschland	5
4.3 Lobbyausgaben in den USA	5
5 Mitgliedschaften	5
6 Fallbeispiele und Kritik	6
6.1 Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Betreibergesellschaft des Panama-Kanals	6
6.2 BlackRock als fossiler Finanzdienstleister	7
6.3 Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa	7
6.4 Beratung des EU-Finanzsektors	8
6.5 Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“	8
6.6 Benoit Coeure Skandal	8
7 Weitere Informationen	8

8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
9 Einzelnachweise	9

Geschäftstätigkeit

Geschäftsfelder des Vermögensverwalters BlackRock sind: Altersvorsorge, Zukunftsinvestitionen, Pensionsfonds, Versicherungen, Finanzierung von staatlichen Infrastrukturprojekten.^[4] Angeboten werden u. a. offene und geschlossene Investmentfonds, iShares und börsengehandelte Fonds, separate Konten, kollektive Investmentfonds und andere gepoolte Investmentvehikel.^[5] Außerdem betätigt sich BlackRock in den Bereichen Beratung, Risikomanagement und Risikoanalyse, auch mit dem Risiko-Analyse-System **Aladdin**. Zu den Kunden gehören Privatanleger, professionelle Anleger (Beispiele: Regierung, Zentralbank, regulierte Börse, beaufsichtigtes Finanzinstitut, regulierter Pensionsfonds, Großunternehmen) und semiprofessionelle Anleger (Beispiele: Einzelperson mit einem Nettovermögen von mindestens 500.000 USD, ein Unternehmen, eine Treuhandgesellschaft oder Stiftung, die einzig zum Zweck der Verwaltung eines Investmentportfolios einer Einzelperson gegründet wurde und die Kriterien für professionelle Anleger erfüllt).^[6] Ende 2023 beschäftigte der Konzern ca. 19.800 Personen in über 30 Ländern^[7] und verwaltete 2024 ein Vermögen in Höhe von 10,5 Billionen USD.^[8]

In Europa verwaltet BlackRock mit iShares 43 % des gesamten ETF-Vermögens.^[9] Ein ETF zielt darauf ab, die Wertentwicklung eines Index wie beispielsweise des DAX, dem deutschen Leitindex, nachzubilden und die gleiche Rendite, (abzüglich Gebühren) wie dieser Index zu erzielen.^[10]

Wettbewerbsminderung durch Minderheitsbeteiligungen von Vermögensverwaltern an Anbietern einer Branche

Die Monopolkommission kam in ihrem Gutachten aus dem Jahr 2016 zu dem Ergebnis, „dass indirekte Horizontalverflechtungen zwischen Unternehmen desselben Marktes über institutionelle Investoren ein wettbewerbsverzerrendes Potenzial bilden. Durch Minderheitsbeteiligungen institutioneller Anleger an mehreren Anbietern einer Branche könnte das Interesse an der Gesamtmarktrendite im Vordergrund stehen, was die Anreize zu wettbewerblichem Verhalten abschwächt.“^[11] Derartige Eigentümerstrukturen werden auch als „Common Ownership“ bezeichnet. Laut **José Aznar**, Visiting Professor of Economics, wird „Common Ownership“ besonders sichtbar bei der wachsenden Macht der „Big Three“ der Vermögensverwaltung: BlackRock, Vanguard und State Street.^[12] Eine Studie von vier Wissenschaftlern der University of Groningen und der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, die 2025 im Global Strategy Journal veröffentlicht wurde, kommt zu folgendem Ergebnis: "Wenn Investoren Anteile an zwei konkurrierenden Unternehmen halten, kann dies die Wettbewerbsintensität dieser Konkurrenten verringern. [...] Der Effekt schwächt sich ab, wenn der Wettbewerb innerhalb gemeinsamer Märkte abnimmt und die Distanz zwischen den beteiligten Konkurrenten und ihrem gemeinsamen Investor zunimmt. Für Manager global operierender Unternehmen unterstreicht dies die Notwendigkeit, nicht nur die Strategien der Wettbewerber, sondern auch deren Eigentümerstruktur zu berücksichtigen. Überlappende Eigentümerstrukturen können die Wettbewerbsdynamik auf globalen Märkten erheblich beeinflussen, indem sie die strategischen Ansätze der Wettbewerber prägen.“ (Übersetzung: Google Übersetzer).^[13]

Organisationsstruktur und Personal

Die BlackRock Inc., New York, ist die Konzernmutter aller BlackRock-Gesellschaften. Die BlackRock Asset Management Deutschland AG mit Sitz in München ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft, die iShares ETFs in Deutschland anbietet, wobei ETF für "Exchange Traded Fund" steht.^[14] Die Muttergesellschaft von BlackRock Deutschland ist die BlackRock (Netherlands) B.V., Amsterdam.

Aktionäre von BlackRock

Ca. 84 % der Aktien von BlackRock sind im Besitz von Institutionen (Stand: 03/2025).^[15] Zu den Top institutionellen Anlegern gehören: Vanguard Group Inc (8,62 %), Black Rock Inc. (6,47 %), State Street Corporation (4,06 %), Temasek Holdings (Private) Limited (3,28 %), Bank of America Corporation (3,22 %), Morgan Stanley (3,08 %). Der langjährige Großaktionär PNC Financial Services Group hat 2020 seine Anteile veräußert.^[16]

Vanguard Group Inc. und State Street Corporation sind als bedeutende Vermögensverwalter wichtige Konkurrenten des Marktführers BlackRock.

BlackRock als Aktionär

Nach einer Studie der Research-Abteilung von statista (Stand: 02/2024) ist BlackRock an 32 der 40 im Dax gelisteten Unternehmen beteiligt, an mehr als zwanzig sogar mit über 5 %.^[17] Die höchsten Beteiligungen hält BlackRock an Qiagen (11,4 %), MTU Aero Engines (11,33 %) und Commerzbank (8,96 %).

BlackRock ist u.a. an den folgenden US-Konzernen beteiligt (Stand: 11/03/2025):

- Microsoft (5,9 %)^[18]
- Apple (5,7 %)^[19]
- Amazon (4,9 %)^[20]

Wichtige Personen

- Gründer, Chairman und CEO: Laurence „Larry“ Fink ^[21]
- Amin Nasser, Chef des weltweit größten Ölkonzerns Saudi Aramco, ist Mitglied des Verwaltungsrats von BlackRock^[22]
- Friedrich Merz, Bundesvorsitzender der CDU, war von März 2016 bis März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der *BlackRock Asset Management Deutschland AG* ^{[23][24]}

Lobbystrategien und Einfluss

EU-Lobbying

Laut [EU-Transparenzregister](#) lagen die Ausgaben BlackRocks für EU-Lobbying für das Jahr 2024 zwischen 900 Tsd. und 999 Tsd. Euro; Ende 2024 wurden 11 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 1,9) beschäftigt.

Rechtlich verantwortlich für die Brüsseler Repräsentanz ist Stephen Cohen, Leiter der BlackRock-Region Europa, Mittlerer Osten und Afrika (EMEA).

Mit 40 dokumentierten Treffen mit der EU-Kommission (zwischen 12/2014 und 06/2023) ist BlackRock eine der Unternehmen mit den meisten Kontakten mit EU-Vertretungen. Die Gespräche drehten sich dabei vor allem um Finanzfragen. 2022 trafen sich Lobbyist:innen innerhalb von 3 Monaten zwei Mal mit dem Generaldirektor Gerassimos Thomas, der für die Besteuerung und Zollunionen zuständig ist und tauschten sich mit ihm zur Besteuerung von Banken und Finanzunternehmen aus.^[25]

2016 fanden allein 5 von 9 Treffen mit einem Teammitglied des Finanzkommissars oder Dombrovskis selbst statt, ein weiterer wichtiger Ansprechpartner war hier Jan Ceyssens, der speziell für die Verhältnisse zur EZB und anderen Banken verantwortlich ist.^[26] 2015 berichtete die Financial Times, BlackRock sei das Unternehmen mit den meisten Treffen (5) mit dem Team des Finanzkommissars gewesen.^[27] Die Public-Affairs-Agentur Fleishman-Hillard gibt zudem an, Zahlungen von BlackRock zu erhalten. Die Repräsentationskosten von Fleishman-Hillard lagen laut EU-Transparenzregister im Jahr 2022 zwischen 200 Tsd. und 299 Tsd. Euro.

Von 2017-2021 war der britische Ex-Finanz- und Wirtschaftsminister George Osborne ein wichtiger Berater von BlackRock, der für diesen Job jährlich 750.000 Euro erhielt. In dieser Zeit war Osborne auch Chefredakteur der größten Londoner Tageszeitung, des London Evening Standard.^[28]

Lobbyaktivitäten in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt BlackRock Asset Management Deutschland AG an, im Jahr 2023 zwischen 650.001 bis 660.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben, direkt an der Interessenvertretung sind 7 Personen beteiligt, wobei die ehem. EU-BlackRock-Lobbyistin Joanna Cound Cheflobbyistin ist.^[29]

Der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) war von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der BlackRock Asset Management Deutschland AG. Mit Merz hatte BlackRock einen extrem weit vernetzten früheren CDU-Spitzenpolitiker in seinen Reihen, der lange Zeit Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) war.^[30]

Nachfolger von Merz als Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland wurde der selbständige Vermögensberater Michael Rüdiger, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Börse, zuvor Vorstandsvorsitzender der DekaBank Deutsche Girozentrale und Gremienmitglied mehrerer Banken und banknaher Organisationen.^[31]

Lobbyausgaben in den USA

Für das Jahr 2022 gab BlackRock in den USA an 3,5 Millionen US-Dollar für Lobbyaktivitäten auszugeben, diese stiegen gegenüber 2021 um 1,5 Mio. US-Dollar. BlackRock Inc. beschäftigt laut US-Transparenzregister 23 Lobbyist:innen, wobei alleine 21 Personen zuvor im US-Kongress oder bei Kongressabgeordneten gearbeitet haben.^[32]

Mitgliedschaften

BlackRock ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorgung \(ABA\)](#)

- Assogestioni
- Association Francaise de la Gestion financiere (AFG)
- Alternative Investment Management Association (AIMA)
- The Association for Financial Markets in Europe (Afme)
- Association of Luxembourg Funds Industry (ALFI)
- Bruegel
- Bundesverband Alternative Investments (BAI)
- Bundesverband Investment und Asset Management (BVI)
- The Dutch Fund and Asset Management Association (Dufas)
- Deutsches Aktien Institut (DAI)
- Eumedion
- Eurofi
- European Capital Markets Institute (ECMI)
- European Corporate Governance Institute (ECGI)
- European Fund and Asset Management Association (EFAMA)
- European Parliamentary Financial Services Forum
- Forum VuV - Verband unabhängiger Vermögensverwalter
- Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.
- ICI Global
- Institutional Money Market Funds Association (IMMFA)
- International Swaps and Derivatives Association (ISDA)
- The Investment Association (IA)
- Irish Funds
- The International Capital Markets Association (ICMA)
- Pensions Europe

Quelle: EU-Transparenzregister, deutsches Lobbyregister und Webseiten der Organisationen (Stand: 07/2023)

Im Januar 2025 hat BlackRock die Net Zero Asset Manager Initiative (NZAM) verlassen. Die Mitgliedschaft habe „Verwirrung hinsichtlich der Praktiken von BlackRock gestiftet und uns rechtlichen Anfragen verschiedener Beamter ausgesetzt“. ^[33] Die NZAM-Mitglieder verpflichteten sich, einen Beitrag zu leisten, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, indem sie das Ziel von Netto-Treibhausgasemissionen von null bis 2050 oder früher verfolgen. ^[34] Kurz danach setzte die Initiative ihre Aktivitäten aus. ^[35]

Fallbeispiele und Kritik

Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Betreibergesellschaft des Panama-Kanals

Auf Druck aus den USA soll ein Konsortium um BlackRock 2025 einen 80-prozentigen Anteil an der Panama Ports Company vom chinesischen Unternehmen CK Hutchison erwerben. ^[36] Dadurch erlangt das Konsortium die Kontrolle über 43 Häfen in 23 Ländern, zu denen neben Panama Mexiko, die Niederlande, Ägypten und Australien gehören. ^[37]

BlackRock als fossiler Finanzdienstleister

Im Juli 2023 wurde der CEO des saudi-arabischen Erdöl-Konzerns Aramco, Amin Nasser in den Verwaltungsrat BlackRocks berufen. Larry Fink begründete die Entscheidung mit einem Fokus auf Investitionen im Nahen Osten. Gleichzeitig reagiere er damit auf Kritik der Republikaner in den USA. Die neue 'nachhaltige' Ausrichtung BlackRocks werde dort zunehmend negativ wahrgenommen, sodass einige Pensionsfonds in republikanisch geführten Bundesstaaten ihr Geld von BlackRock abzogen. Durch die Entscheidung wolle man Ausgeglichenheit signalisieren. [\[38\]](#)

Auch 2023 investierte BlackRock weiterhin in Konzerne wie [ExxonMobile](#), [BP](#) und Aramco, die ihre Abbaukontingente in Öl, Gas und Kohle noch ausweiten wollen. [\[39\]](#) Die NGO Urgewald bezeichnet die Strategie BlackRocks daher als Greenwashing. [\[40\]](#)

2022 versicherte BlackRock auf Anfrage, auch weiterhin in fossile Energien zu investieren, eine Beendigung von Investitionen in Öl, Gas und Kohle sei nicht notwendig für die Vorhaben gegen den Klimawandel. [\[41\]](#)

2020 wurde BlackRock zudem offizieller Berater für Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union und erhielt so direkten Zugang zur EU-Gesetzgebung. [\[42\]](#) Die Bürgerbewegung Finanzwende hält diesen Schritt für hochproblematisch, weil BlackRock ein Geschäftsinteresse daran habe, die Sustainable Finance-Strategie zu verwässern.

2020 verfasste BlackRock-CEO Larry Fink einen [Brief an alle CEOs](#) der Firmen, in die BlackRock investiert - 'Climate Risk is Investment Risk' (dt. Klimarisiko ist ein Investitionsrisiko) hies es darin. Man wolle Nachhaltigkeit als Investitionsstandard festlegen. [\[43\]](#)

2019 deckten Recherchen noch auf, das BlackRock gegen Klimabeschlüsse einiger Energiekonzerne stimmte. Und auch mit dem Brief Finks ändert sich nicht viel. Zwar wolle man sich bis 2025 von Investitionen in Kohleunternehmen verabschieden, jedoch gilt der Beschluss nur für Investitionen in Kohleabbau, nicht in die Kohleverbrennung. So bleibt der deutsche Kohlekonzern RWE trotz massiven Kohleabbaus weiter Kunde BlackRocks, denn er verbrennt seine eigene Kohle direkt im konzerneigenen Kraftwerk. Außerdem konnte BlackRock durch die Regelung weiter größter Investor in Kohlekraftwerkentwickler bleiben, finanziert Öl- und Gaskonzerne. Portfolios der Anlagefonds bezeichnen sich zwar als nachhaltig, listen jedoch RWE.

Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa

Paulo Pena und Harald Schumann berichten in „Der Freitag“ ausführlich über die erfolgreichen Bemühungen von BlackRock, ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt („Pan-European Personal Pension“, abgekürzt „PEPP“) einzuführen, das keine gesetzliche Garantie auf das angesparte Kapital enthält. [\[44\]](#) Die in Deutschland übliche Garantie soll entfallen. Vorgesehen sei lediglich ein „Qualitätssiegel“, mit dem die Finanzkonzerne in allen EU-Staaten gleichzeitig ihre Fonds als Altersvorsorge vermarkten können. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Lobbyaktivitäten des ehemaligen britischen Finanzministers George Osborne bei der EU-Kommission, der schon als Minister enge Kontakte zu BlackRock unterhielt und seit Februar 2017 offiziell als Lobbyist für den Konzern tätig ist.

Beratung des EU-Finanzsektors

Die Beratungsfirma BlackRock Solutions, Tochter der BlackRock Vermögensverwaltung wurde 2011 von der irischen Zentralbank beauftragt, Verlustrisiken zu prognostizieren und einen Stress-Test durchzuführen, kurz zuvor wurde das Bankensystem Irlands mit 85 Milliarden Euro gerettet. Hierfür erhielt das Unternehmen 30 Millionen Euro, für einen ähnlichen Job für die Bank Griechenlands erhielt die Firma 12,3 Millionen Euro. Auch für die zypriotische Bank arbeitete BlackRock Solutions an einer Evaluierung zu den Rekapitalisierungsbedürfnissen des zypriotischen Bankensektors.^[45] Bedeutsam für die Investment-Strategien BlackRocks war auch der Auftrag für die EZB, ihre Beratung für eins der größten anvisierten „quantitative Lockerung“-Programme zur Verfügung zu stellen, und das als größter Vermögensverwalter der Welt.^[46] Neben den lukrativen Aufträgen schien für BlackRock vor allem die dadurch gewonnenen Informationen von großem Wert, die so in Kalkulationen und Planungen zu Anlagestrategien eingingen. Martin Hellwig, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission und Leiter des Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter, hält es für grundsätzlich falsch, dass einem privaten Unternehmen eine hoheitliche Aufgabe anvertraut wird.^[47]

Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“

In den USA gibt es zur Regulierung des Schatten-Banken-Sektors bereits das Vorhaben, große Vermögensverwalter wie BlackRock als "systemrelevant für das Finanzsystem" einzustufen. Die Konzerne wären dann mit einer Art Gefahrenaufkleber versehen und besonderer Aufsicht unterworfen. BlackRock hat intensiv Lobbyismus betrieben, um einen solchen Gesetzentwurf zu stoppen. Neben den eigenen Lobbyisten beauftragte BlackRock zu diesem Zwecke auch die Lobbyagentur „Rich Feuer Anderson“, die dafür im Jahr 2016 320.000 Dollar erhielt.^[48] Mit Erfolg: Das Vorhaben wurde bislang nicht durchgesetzt. BlackRock rechtfertigte sich gegenüber der ZEIT, „um eine Systemkrise zu verhindern, sei ein Regulierungsansatz, der sich auf einzelne Anlageprodukte beziehe, besser geeignet als die Regulierung einzelner Unternehmen“..^[49]

Benoit Coeure Skandal

Der Franzose Benoit Coeure, seit 2011 Mitglied des Direktoriums der EZB, sprach im Mai 2015 auf einer Versammlung von Bänkern, Hedge Fund Managern und Vermögensverwaltern und gab dabei Insiderinformationen zu möglichen Anleihekäufen der EZB preis. Da die Veranstaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, hatten die anwesenden Manager erhebliche Vorteile und nutzten diese auch in ihren Investmentplanungen, wodurch der Wert des Euros sank und am Tag der medialen Publikation der Ereignisse noch einmal stark fiel.^[50] Für Coeure selbst gab es keine Konsequenzen, er behielt seinen Job bei der EZB, die selbst behauptete, dass ein Verfahrensfehler zur Veröffentlichung dieser Informationen geführt habe. In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass es bereits mehrere Treffen mit Vertretern großer Banken wie BNP Paribas, UBS, Goldman Sachs und auch BlackRock in Räumlichkeiten der EZB gab, kurz bevor wichtige Entscheidungen in der EZB gefällt wurden.^[51]

Weitere Informationen

- [Deutsche Bank, Blackrock und Co: Machtkonzentration in der Finanzwirtschaft](#) Podcast von LobbyControl vom 27.06.2023, soundcloud.com

- Die Marktmacht von Black Rock - Finanzwende 08.06.2021
- BlackRocks Abstimmungsverhalten in der Rolle als Aktionär
- [BlackRock goes green?](#)- Facing Finance 05/2020

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ Beteiligungen des Vermögensverwalters BlackRock am Aktienkapital von im Dax gelisteten Unternehmen, statista.com, abgerufen am 11.03.2025
2. ↑ Client Profile: Black Rock Inc, opensecrets.org, abgerufen am 28.07.23
3. ↑ Ehemaliger CDU-Spitzenmann Merz geht zu Blackrock, FAZ.net vom 17.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
4. ↑ About us, blackrock.com, abgerufen am 09.03.2025
5. ↑ BlackRock, Inc., marketscreener.com vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
6. ↑ Professionelle Anleger, blackrock.com, abgerufen am 10.03.2025
7. ↑ 2024 Proxy Statement, s24q4cnd.com, abgerufen am 09.03.2025
8. ↑ BlackRock wird immer größer: Konzern verwaltet jetzt 10,5 Billionen Euro, businessinsider.com vom 12.10.2024, abgerufen am 10.03.2025
9. ↑ ETFs: Niemand stiehlt iShares die Krone, morningstar.de vom 27.11.2024, abgerufen am 10.03.2025
10. ↑ Jahresbilanz zum 31.Dezember 2023, lobbyregister.de, abgerufen am 09.03.2025
11. ↑ Gefährden institutionelle Anleger den Wettbewerb?, Wirtschaftsdienst 12/2016, wirtschaftsdienst.eu, abgerufen am 12.03.2025
12. ↑ Common ownership: implications for competitions and marktes, iese.edu vom 15.09.2022, abgerufen am 12.03.2025
13. ↑ Common ownership and competitive dissimilarity: A global perspective on competition and institutional ownership, uni-goettingen.de, abgerufen am 12.03.2025
14. ↑ Jahresbilanz zum 31.Dezember 2023, lobbyregister.de, abgerufen am 09.03.2025
15. ↑ BlackRock, Inc., finance.yahoo.com vom 10.03.2025, abgerufen am 10.03.2025
16. ↑ BlackRock verliert Großaktionär PNC, handelsblatt.de vom 12.05.2020, abgerufen am 10.03.2025
17. ↑ Beteiligungen des Vermögensverwalters BlackRock am Aktienkapital von im Dax gelisteten Unternehmen, statista.com, abgerufen am 11.03.2025
18. ↑ Microsoft, marketscreener vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
19. ↑ Apple Inc., marketscreener vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
20. ↑ Amazon, marketscreener vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
21. ↑ BlackRock: Leadership, BlackRock.com vom 17.04.2020, abgerufen am 17.04.2020
22. ↑ BlackRock auf Kuschelkurs mit Big Oil, manager-magazin.de vom 18.07.2023
23. ↑ Ehemaliger CDU-Spitzenmann Merz geht zu Blackrock, FAZ.net vom 17.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
24. ↑ Persönliche Erklärung, friedrich-merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 17.04.2020
25. ↑ EU-Transparenzregister: Meetings of BlackRock, ec.europa.eu vom 30.07.2023, zugegriffen am 3.07.23
26. ↑ Dombrovskis Team, EU- Website, zuletzt abgerufen am 29.04.2020

27. ↑ [BlackRock steps up lobbying of the European Commission](#), Financial Times.com vom 22.11.2015, abgerufen am 29.04.2020
28. ↑ [Journalisten als Polit-Cheerleader](#), Taz.de vom 30.03.2017, abgerufen am 17.04.2020
29. ↑ [Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de vom 1.6.2023, abgerufen am 28.07.23
30. ↑ [Friedrich Merz wird Kontrollchef](#), N-tv.de vom 18.01.2016, abgerufen am 17.04.2020
31. ↑ [Michael Rüdiger wird neuer BlackRock-Aufsichtsrat-Vorsitzender](#), manager-magazin.de vom 03.06.2020, zugegriffen am 29.07.23
32. ↑ [Client Profile: Black Rock Inc](#), opensecrets.org, abgerufen am 28.07.23
33. ↑ [BlackRock steigt aus Klimabündnis aus](#), fundresearch.de vom 10.01.2025
34. ↑ [BlackRock steigt aus Klimabündnis aus](#), fundresearch.de vom 10.01.2025
35. ↑ [Net-Zero-Asset-Managers-Initiative setzt Aktivitäten aus](#), portfolio-institutionell.de vom 15.01.2025, abgerufen am 09.03.2025
36. ↑ [US-Firma übernimmt Kontrolle über Häfen](#), tagesschau.de vom 04.03.2025, abgerufen am 10.03.2025
37. ↑ [BlackRock strikes deal to bring ports on both sides of Panama Canal under American control](#), apnews.com vom 04.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
38. ↑ [Blackrock beruft Aramco-CEO in Verwaltungsrat](#), handelsblatt.de vom 18.07.2023, zugegriffen am 28.07.23
39. ↑ [BlackRock goes green?](#), facing-finance.org vom Mai 2020, zugegriffen am 28.07.23
40. ↑ [BlackRock und die Nachhaltigkeit](#), ndr-info.de vom 05.07.2023, zugegriffen am 28.07.23
41. ↑ [Blackrock and Vanguard tell UK inquiry they will not quit fossil fuel investments](#), ft.com vom 18.10.2022, zugegriffen am 28.07.23
42. ↑ [Den Bock zum Gärtner](#), finanzwende.de vom 21.04.2020, abgerufen am 29.04.2020
43. ↑ [Blackrocks dürftige Klimabilanz](#), table.media vom 17.01.2023, zugegriffen am 28.07.23
44. ↑ [Achtung, Rentenfresser](#), freitag.de Ausgabe 26/2018, abgerufen am 17.04.2020
45. ↑ [Troika consultancies: A multi-million euro business beyond scrutiny](#), EUobserver.com vom 16.12.2013, abgerufen am 17.04.2020
46. ↑ [BlackRock spreads its Tentacles in Brussels](#), Wolfstreet.com vom 28.11.2015, abgerufen am 17.04.2020
47. ↑ [BlackRock prüft Banken, an denen es selbst Anteile besitzt](#), tagesspiegel.de vom 23.05.2018, abgerufen am 17.04.2020
48. ↑ [Specific Issue Reports by BlackRock](#), abgerufen auf Opensecrets.org am 17.04.2020
49. ↑ [Der 4-Billionen-Dollar-Mann](#), Zeit.de vom 27.08.2015, abgerufen am 17.04.2020
50. ↑ [Benoît Cœuré speech highlights central bank links to financiers](#), Financial Times.com vom 21.05.2015, abgerufen am 17.04.2020
51. ↑ [ECB officials met bankers before key decisions](#), Financial Times.com vom 02.11.2015, abgerufen am 17.04.2020

Bayer

Bayer AG

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von Monsanto im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]



Rechtsform Aktiengesellschaft

Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
reich

Gründungsdatum 1863

Hauptsitz Leverkusen

Lobbybüro

Lobbybüro EU 40 Rue Bolland, 1000 Brussels,
(+32) 25502112

Webadresse [bayer.de](https://www.bayer.de)

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	12
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	12
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	12
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	13
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	13
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	13
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	14
3 Themen der Lobbytätigkeit	15
4 Parteispenden	15
5 Transparenz	15
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	16
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	16
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	16
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	17

6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	17
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	18
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	18
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	18
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	19
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	19
8 Weiterführende Informationen	19
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
10 Einelnachweise	19

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeneigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Sience entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. [\[13\]](#)[\[14\]](#) Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro. [\[15\]](#)

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen. [\[16\]](#) So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Glyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- Penta (ehem. Hume Brophy): 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: [\[17\]](#)

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission [\[18\]](#)

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller \(vfa\)](#)
- [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie \(BAVC\)](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- [ICC Germany](#)
- [econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Industrie-Förderung Gesellschaft mbH](#)

- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Westwind](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [British Chamber of Commerce in Germany](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)
- [COCIR](#)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [BusinessEurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: [\[19\]](#)

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgendenden Regelungsvorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbiierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die **LobbyControl** soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie **LobbyControl** jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der **LobbyControl-Gemeinschaft**. [Dankeschön!](#)



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von **LobbyControl** zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungskooperationen zwischen

Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag

wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosatzulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungskooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of

the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsantos ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor. ^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberer Methoden Monsantos tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort. ^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun... Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat. ^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur mhoch3. ^[39] „In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragerteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren.“ ^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooeration

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stimmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfestes Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)
- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant, 23.09.2024](#)
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien 12. März 2020](#)
- Verein [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation, bayer.de](#), abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto, sueddeutsche.de](#) vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018

3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen a, 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier Europäische Kommission](#), abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat Umweltbundesamt](#) vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020

36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsantos Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

BASF

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

BASF SE



The Chemical Company

Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.bASF.com

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	22
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	22
3 Parteispenden und Sponsoring	23
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	23
5 Mitgliedschaften	23
6 Fallbeispiele und Kritik	23
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	23
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	23
6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	24
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	24
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	24
6.6 2012: Das Bienensterben	25
6.7 Lobbyisten in Ministerien	25
7 Weiterführende Informationen	25
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
9 Einelnachweise	25

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: [\[12\]](#)

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: [\[13\]](#)

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidenschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. [\[14\]](#) Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen

Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, [15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde [16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. [17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) [18] oder auch der Leopoldina. [19]

Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit. [20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba). [21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appels an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appel forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)-Standards zu ersetzen. [22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte. [23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt. [24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen. [25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag". [26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe. [27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der **EU-Kommission** zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [[Bundeskabinett]] – und trat im **Europaparlament** als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025 vor](#) basf.com vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASG](#), manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022

6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), chemanger-online.de vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#), lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ „[„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022
23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

Allianz

Allianz SE

Der Allianz Konzern ist einer der weltweit führenden Versicherer und Vermögensverwalter mit rund 128 Millionen Privat- und Firmenkunden in knapp 70 Ländern und einem Geschäftsvolumen von rund 180 Mrd. Euro (Stand: 2024).^[1] Die Allianz SE mit Sitz in München ist Holdinggesellschaft und Rückversicherungsunternehmen des Allianz Konzerns.^[2]

Organigramm des Konzerns: [Datei:de-2023-Allianz-simplified-structure.pdf](#)



Branche Finanzdienstleistungen
Hauptsitz Königinstraße 28, 80802 München
Lobbybür

Allianz SE

o
Deutschla
nd

Lobbybür Allianz SE, European Affairs Office
o EU Brussels, Avenue des Arts 27, B -
1040 Bruxelles

Webadres [allianz.com](http://allianz.com/se)

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsbereiche	27
2 Lobbystrategien und Einfluss	27
2.1 Berliner Repräsentanz	27
2.2 Repräsentanz in Brüssel	28
2.3 Seitenwechsler	28
2.4 Verbandsmitgliedschaften	28
2.5 Lobbyausgaben	29
3 Organisationsstruktur und Personal	31
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
5 Einelnachweise	32

Geschäftsbereiche

Es gibt die folgenden Geschäftsbereiche:

- Versicherungsgeschäft: Der Geschäftsbereich Schaden- und Unfallversicherung umfasst Kraftfahrzeug-, Unfall-, Sach-, allgemeine Haftpflicht-, Reise- versicherungen und Assistance-Leistungen; der Geschäftsbereich Lebens- und Krankenversicherung bietet neben Lebens- und Krankenversicherungen auch Spar- und Anlageprodukte
- Asset Management: Die beiden großen Anlageverwalter PIMCO und AllianzGI operieren unter dem Dach der Allianz Asset Management (AAM).
- Corporate und Sonstiges: Der Geschäftsbereich Corporate und Sonstiges umfasst Holding- Funktionen zur Verwaltung und Unterstützung der anderen Konzern-Geschäftsbereiche und das Allianz-Bankgeschäft sowie Alternative und Digitale Investments

Quelle:^[3]

Lobbystrategien und Einfluss

Berliner Repräsentanz

Die [Berliner Repräsentanz](#) im "Allianz-Forum" am Pariser Platz vertritt die Interessen der Allianz in der Hauptstadt. Die Lobbytätigkeit wird wie folgt beschrieben: „In der politischen Interessenvertretung ist es unsere Aufgabe, Positionen und Informationen aus dem Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektor einzubringen. Dazu sind wir im Austausch mit Abgeordneten, Parteien und Ministerien. Zusätzlich arbeiten

wir eng zusammen mit Verbänden, Stiftungen, Botschaften und Gremien.“^[4] Zu den Veranstaltungen im „Allianz-Forum“ gehören die Diskussionsveranstaltungen „Allianz Impuls“, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden^[5]:

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zum Team gehören u.a.:

- Michelle Schmitz, Leiterin
- Sara Schott, Bevollmächtigte Regierungsbeziehungen
- Udo Fischer, Bevollmächtigter Regierungsbeziehungen
- Wilhelm Ruprecht, Bevollmächtigter Regierungsbeziehungen

Repräsentanz in Brüssel

Head of European Affairs Office ist Alexander Bogensperger^[6]

Zwischen 12/2014 und 02/2025 gab es laut EU-Transparenzregister 38 Treffen mit der EU-Kommission.

Seitenwechsler

- Im November 2014 wurde bekannt, dass der ehemalige britische Labour-Abgeordnete im **EU-Parlament Peter Skinner** Lobbyist bei der Allianz SE wird. Skinner war vor allem im **Ausschuss für Wirtschaft und Währung** (ECON) tätig. Dort war er federführend an der europäischen Regulierung des Versicherungswesens beteiligt. Skinner wechselte in die Branche, für die er jahrelang die Rahmenbedingungen mit geschaffen hatte. Gegenüber LobbyControl erklärte die Allianz, mit Skinner sei vereinbart worden, dass er ein Jahr lang keinen Kontakt zur **EU-Kommission** oder dem **EU-Parlament** aufnehmen darf.^[7] 2016 wurde er wegen Spesenbetrugs zu 4 Jahren Haft verurteilt.^[8]
- Der ehemalige Bundesgesundheitsminister **Daniel Bahr** arbeitet seit dem 1. November 2014 als Generalbevollmächtigter für die "Allianz Private Krankenversicherung".^[9] In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung nahm Bahr dazu Stellung.^[10] Zum 1. Januar 2017 ist er in den Vorstand aufgerückt.^[11]

Verbandsmitgliedschaften

Die Allianz SE ist laut EU-Transparenzregister u.a. Mitglied der folgenden Organisationen (Stand: 03/2025):
[\[12\]](#)

- American European Community Association (AECA)
- [Association for Financial Markets in Europe](#) (AFME)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- BITKOM
- [Bundesverband Investment und Asset Management](#) (BVI)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [European Financial Services Round Table](#) (EFR)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (EPFS)
- [Eurofi](#)

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(GDV\)](#)
- [Investment Association \(IA\)](#)
- [International Capital Market Association \(ICMA\)](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Pan-European Insurance Forum \(PEIF\)](#)
- [Verband der Privaten Krankenversicherung \(PKV\)](#)
- [Transatlantic Policy Network \(TPN\)](#)

Im Lobbyregister sind als weitere Mitgliedschaften angegeben (Stand. 01/2025) [\[13\]](#):

- [American Chamber of Commerce in Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [Collegium](#)
- [Europäische Bewegung Deutschland](#)
- [Finanzplatz München Initiative \(FPMI\)](#)
- [Förderkreis der Deutschen Industrie](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)
- [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Wirtschaftsbeirat der Union](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

Lobbyausgaben

- Angaben beim Lobbyregister des Deutschen Bundestages

	2023
Allianz Versicherungs AG	1.140.001 - 1.150.000 €
Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG	150.001 - 160.000 €
Allianz Lebensversicherungs-AG	840.001 - 850.000 €
Allianz Private Krankenversicherungs-AG	300.001 - 310.000 €
Allianz SE	970.001 - 980.000 €
Allianz Deutschland AG	1 - 10.000 €
Allianz Agrar AG	10.001 - 20.000 €
Allianz Capital Partners GmbH	1 - 10.000 €

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Allianz Versicherungs-AG zum Eintrag im Lobbyregister	1.090.001 - 1.100.000	0,28

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG [1]	90.001 - 100.000	0,28
Allianz Lebensversicherungs-AG [2]	740.001 - 750.000	0,28
Allianz Private Krankenversicherungs-AG[3]	290.001 - 300.000	0,28
Allinaz SE [4]	970.001 - 980.000	3,73
Allianz Deutschland AG[5]	1 - 10.000	/
Allianz Agrar AG[6]	10.001 - 20.000	0,01
Allianz Capital Partners[7]	1 - 10.000	/
Gesamt 2024	ca. 3.190.000 Euro	ca. 5,42

- Angaben im Transparenzregister der EU

Allianz SE	2024
Aufwendungen	2.250.000 - 2.249.999 €
Lobbyisten	11 / 4,9 Vollzeit.

In Deutschland gehört die Allianz zu den größten Parteispendern. Seit dem Jahr 2000 spendete der Konzern insgesamt 5.222.683,8 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden aus den Jahren 2010 bis 2019 verteilen sich wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2010	60.001	60.001	60.001	50.001	60.001	290.005
2011	50.001	50.001	50.001	50.001	50.001	250.005
2012	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	150.000
2013	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	150.000
2014	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2015	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2016	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2017	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2018	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2019	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2020	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2021	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2022	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
2023	30.000	30.000	30.000	20.000	30.000	140.000
Summe	470.00	470.00	470.00	360.00	470.00	2.240.01
	2	2	2	2	2	0

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Organisationsstruktur und Personal

- Vorstandsvorsitzender ist seit Mai 2015 [Oliver Bäte](#). ^[14]
- Vorsitzender des Aufsichtsrats ist seit 2017 Michael Diekmann. ^[15]
- Der **Gemeinsame Beirat der Allianz-Gesellschaften** setzt sich laut Geschäftsbericht 2015 ^[16] auf folgenden Personen zusammen: Helmut Perlet (Allianz), Kurt Bock ([BASF](#)), Thomas Enders (Airbus Group), Franz Fehrenbach (Bosch), [Rüdiger Grube](#) ([Deutsche Bahn](#)), Herbert Heiner ([Adidas](#)), Jürgen Heraeus (Heraeus Holding), Dieter Hundt (Allgaier Werke), [Wolfgang Ischinger](#) (Münchner Sicherheitskonferenz), [Hans-Peter Keitel](#) ([BDI](#)), Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf), Thomas Rabe ([Bertelsmann](#)), Norbert Reithofer ([BMW](#)), Harry Roels, Kasper Rorstet (Henkel), Manfred Schneider ([RWE](#)), [Dennis Snower](#) ([Institut für Weltwirtschaft](#)), Peter Terium ([RWE](#)), Heinrich Weiss (SMS Holding), Manfred Wennemer

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Auf einen Blick](#), allianz.com, abgerufen am 15.03.2025
2. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.03.2025
3. ↑ [Geschäftsbericht 2025](#), allianz.com, abgerufen am 15.03.2025
4. ↑ [Allianz Repräsentanz Berlin](#), allianz.com, abgerufen am 15.03.2025
5. ↑ [Allianz SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 16.03.2025
6. ↑ [Allianz SE](#), transparency-register.europa vom 10.03.2025, abgerufen am 15.03.2025
7. ↑ [Allianz holt Ex-Versicherungsregulierer als Lobbyisten](#) LobbyControl vom 25. November 2014, abgerufen am 25.11.2014
8. ↑ [EX-MEP Skinner jailed for expenses fraud](#), bbc.com vom 29.04.2016, abgerufen am 16.03.2025
9. ↑ [Pressemeldung des Allianz-Konzerns](#), abgerufen am 29.09.2014
10. ↑ [Sueddeutsche.de: Ex-Gesundheitsminister Bahr wird Allianz-Vorstand](#), abgerufen am 29.09.2014
11. ↑ [Daniel Bahr rückt in den Vorstand auf](#), 15.12.2016, allianzdeutschland.de, abgerufen am 16.06.2017
12. ↑ [transparency-register.eu](#) abgerufen am 16.03.2025
13. ↑ [Allianz SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 16.03.2025
14. ↑ [Vorstand der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016
15. ↑ [der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 22.11.2024
16. ↑ [Geschäftsbericht 2015](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), seit dem 6. Mai 2025 der zehnte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, seit 2022 ist er Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Wirtschaftsanwalt und langjähriger Top-Lobbyist, war in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. [\[1\]](#)

So war Merz bis Ende 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT). [\[3\]](#) Die MIT begrüßte 2022 die Wahl von Merz zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei.^[4] Armin Peter, zuletzt Stellv. Pressesprecher des Wirtschaftsrats und Pressesprecher des damaligen Wirtschaftsrats-Vizepräsidenten Merz, ist seit Februar 2022 Stellv. Sprecher der CDU und pers. Pressesprecher von Merz. [\[5\]](#)[\[6\]](#)

Merz ist weiterhin Mitglied der folgenden Organisationen: Gründerkreis der Sektion New York des Wirtschaftsrats der CDU^[7], Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)^[8], Netzwerk [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), das Lobbyisten und Spitzenpolitiker zusammenbringt.

Merz war bis Ende 2021 als Senior Counsel für die Kanzlei [Mayer Brown LLP](#) tätig; zuvor war er neun Jahre Partner.^[9] Während seiner Tätigkeit bei MayerBrown hat er Mandanten im Gesellschaftsrecht, bei M&A-Transaktionen, im Bereich Compliance und im Bank- und Finanzrecht beraten. 2010 und 2011 hat er nach Recherchen von CORRECTIV die BASF mehrfach als Anwalt vertreten. [\[10\]](#) Bei BASF Antwerpen sei er fast ein Jahrzehnt Verwaltungsrat gewesen und habe dort den Unternehmensbereich „Farben & Pigmente der BASF-Gruppe“ geleitet.

Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) [11] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte. [12] Für die [Stiftung Marktwirtschaft](#) war er als Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" aktiv. [13]

Im Zusammenhang mit seiner Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU beendete Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020. [14][15] Auf dem CDU-Parteitag 2021 unterlag er in einer digital durchgeführten Stichwahl gegen seinen Konkurrenten Armin Laschet. Auf dem Parteitag am 22. Januar 2022 wurde er mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten zum Vorsitzenden der CDU gewählt. [16] Am 23. September 2024 wurde Merz offiziell Kanzlerkandidat zur nächsten Bundestagswahl von CDU und CSU. [17]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	33
2 Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	35
2.1 2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic	35
2.2 2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten	36
2.3 2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU	36
2.4 2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz	36
2.5 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	36
2.6 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	36
2.7 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	37
2.8 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	37
2.9 2010: Position zum Atomausstieg	37
2.10 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	38
2.11 2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG	38
3 Berater:innen von Merz	38
3.1 Michael Eilfort	38
4 Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt	39
5 Weiterführende Informationen	39
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	39
7 Einelnachweise	39

Karriere

Partei

- 23.09.2024 Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Union
- 22.1.2022 Wahl zum Parteivorsitzenden mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten;
- 17.12.2021 Friedrich Merz wird mit 62,2% im ersten Mitgliederentscheid der Partei zum CDU-Vorsitzenden gewählt.
- 2021 Dritte Kandidatur zum Parteivorsitzenden: Merz tritt gegen Norbert Röttgen und Helge Braun an [18]
- 2021 Armin Laschet holt Friedrich Merz in das Wahlkampfteam der CDU für die Bundestagswahl. [19]
- 2021 erneute erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Armin Laschet)

- 2018 erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Annegret Kramp-Karrenbauer)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommission "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002-2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (trat 12/2004 von diesem Amt zurück)
- 2000-2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998-2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1996-1998 CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss

Staatliche Mandate und Ämter

- Seit 9/2021 erneut Mitglied des Deutschen Bundestages
- 11/2017-1/2020 *Brexit-Beauftragter* des Landes NRW^{[20][21]}
- 1994-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989-1994 Mitglied des EU-Parlaments

Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. z.B. für: [KPMG](#), Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeiderer AG, Piper Verlag GmbH

Beruf

- 2014-Ende 2021 Senior Counsel bei [Mayer Brown LLP](#)
- 2005-2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002-2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner
- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986-1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt
- 1985-1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (aktuell)

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied^[22]

(Stand: 01/2025)

(Neben-)Beruflich (aufgegeben)

- 2016-03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock Deutschland](#)
- 2013-2020 Mitglied des Vorstands von [United Europe](#)^[23] (beim Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg ist Merz immer noch als Vorstandsmitglied eingetragen - Stand: 28.01.2025)
- 2009-2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" (tätig von 2004-2013) der [Stiftung Marktwirtschaft](#)^[24]

(Neben-)Beruflich (Stand: 2009))

Laut veröffentlichtungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz 2009 die folgenden weiteren Funktionen:

- AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats)
- **BASF** Antwerpen N.V. (Mitglied des Verwaltungsrats)
- **Commerzbank** (Mitglied des zentralen Beirats)
- DBV-Winterthur Holding (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Interserhoh AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- IVG Immobilien AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats)
- WEPA Industrieholding SE (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Council on Public Policy (Mitglied des Kuratoriums)
- **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** (Stellv. Vorsitzender)
- Industrie-Pensionsverein IVP (Mitglied des Verwaltungsrats). [25]

Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Mit seiner Rückkehr in die Politik gab Merz die folgenden Positionen in der Wirtschaft auf: Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (2022), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (2021), Vorstand des Aufsichtsrats der WEPA Industrieholding SE (2021), Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Köln/Bonn GmbH (2020), Mitglied des Verwaltungsrats der Stadler Rail AG (2020), Mitglied des Aufsichtsrats von HSCB Trinkhaus & Burkhardt (2019).

Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic

2024 nahm Merz' Kampagnenchefin Christine Carboni als Rednerin an der "Berlin Campaign Conference" der rechtskonservativen Kampagnenagentur "The Republic" teil. Diese Agentur stellt sich nach eigenen Angaben "dem politischen Linksdrift in Deutschland" entgegen und bietet "dem bürgerfeindlichen Klima die Stirn". [26] Die US-amerikanische [Heritage Foundation](#) war ebenfalls zu der Konferenz eingeladen und stand auf der Liste der Speaker. Zuvor hatte die Heritage Foundation in den USA und weltweit Schlagzeilen gemacht mit dem antidemokratischen "Project 2025". [27]

Nach der Gründung von "The Republic" hatten sich Unionspolitiker distanziert und Kritik geübt, während Friedrich Merz ein Unterstützer war. [28]

Im Jahr 2022 hatte Merz nach lautstarker Kritik seine Teilnahme an einer ähnlichen Konferenz abgesagt. [29]

2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten

Im März 2021 kündigt Merz an, keinen "beruflichen Tätigkeiten außerhalb der Politik" nachgehen zu wollen, sollte er erneut in den Bundestag einziehen. [30] Das bezog er sich aber ausdrücklich nur auf bezahlte Nebentätigkeiten, seine ehrenamtliche Funktion als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats würde er beibehalten. [31] Ende des Jahres 2021 beendete Merz dennoch seine Tätigkeit als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats.

2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU

Im März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine Studie zum [Wirtschaftsrat der CDU](#), in der auch Friedrich Merz kritisiert wird [32].

Friedrich Merz war nach der Studie einer der prominentesten und zugleich einflussreichsten Personen im [Wirtschaftsrat der CDU](#) – ein unternehmerischer Lobbyverband, der als besonders starker und einflussreicher Klimaschutzbremser auffällt. Im Wirtschaftsrat war Merz schon seit den 1990er-Jahren Mitglied, 1999 wurde er ins Präsidium gewählt. 2006 war er an der Gründung der New Yorker Sektion des Wirtschaftsrats beteiligt. Im Januar 2019, kurz nachdem er das erste Rennen um den CDU-Parteivorsitz verloren hatte, wurde Merz schließlich Vizepräsident des Wirtschaftsrats.

Mit Merz' kandidierte erstmals ein Spitzenfunktionär des Verbandes für den CDU-Parteivorsitz. Merz nutzte seine Auftritte bei Veranstaltungen des Wirtschaftsrates für den parteiinternen Wahlkampf zum CDU-Parteivorsitz.

Positionen zur Klimapolitik: Im Zuge seiner Kandidaturen für den Parteivorsitz 2018 und 2020/21 äußerte sich Merz auch zum Thema Umwelt und Klima. Er kritisiert die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen [33], bezeichnet Greta Thunberg als „krank“ [34] und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegalen Besetzerzene“ [35].

2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz

Merz war seit 2016 Aufsichtsratschef bei Blackrock, dem größten Vermögensverwalter der Welt, der an allen Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX erhebliche Anteile hat. Das Unternehmen teilte mit, Merz solle nicht nur Aufsichtsrat sein, sondern eine "weiter gefasste Beraterrolle einnehmen, in der er die Beziehungen mit wesentlichen Kunden, Regulierern und Regulierungsbehörden in Deutschland für Blackrock fördern wird". Das impliziert einen klaren Lobbyauftrag. Wenige Wochen nachdem Annegret Kamp-Karrenbauer im Frühjahr 2020 auf die Kanzlerkandidatur verzichtete und ihren Rücktritt als Parteivorsitzende bekannt gab, kündigte Merz seine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz an. Im März 2020 legte er seinen Posten im Aufsichtsrat von Blackrock nieder, um sich weiter politisch einzubringen.

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Seit 2006 sitzt Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugherstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging. [36] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag. [37]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz war seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#).^[38] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#), gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[39] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[40] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[41] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[42] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[43][44]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den [EADS](#)-Manager Thomas Enders als Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ab.^[45] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[46]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[47] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister [Wolfgang Clement](#) geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Finanzen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[48] 2019 gab Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[49]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzerne [E.ON](#), [RWE](#), [Vattenfall](#) und [EnBW](#) initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[50]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Merz, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[51], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[52]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[53]

2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG

Im Frühjahr 2006 trat Merz auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auf. Gleichzeitig war er Mitglied des Bundestages und der CDU-Landesgruppe NRW. ([LobbyControl berichtete](#)).^[54]

Merz selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß Merz in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro.^[55]

Berater:innen von Merz

Michael Eilfort

Eilfort ist seit 2004 Co-Vorstand der [Stiftung Marktwirtschaft](#), dessen „Politischem Beirat“ der Kommission „Steuergesetzbuch“ Merz angehörte. Als Merz im Jahr 2000 den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag übernahm, wurde Eilfort sein Büroleiter, erst in dessen Funktion als Vorsitzender der Fraktion bis 2002, danach bis 2004 für den Stellvertretenden Unionsfraktionsvorsitzenden mit dem Arbeitsbereich "Wirtschaft, Arbeit, Mittelstand, Finanzen und Haushalt".^[56] Merz war Gründungsmitglied des inzwischen aufgelösten Fördervereins der Lobbyorganisation [INSM](#)^[57]; Eilfort betätigte sich bis 2006 als Botschafter der [INSM](#).^[58] Die INSM wird als v.i.S.d.P. des Aktionsbündnisses [Wirtschaftswarntag](#) genannt, an dem am 29.01.2025 deutschlandweit mehr als 140 Verbände und über 200 Unternehmen ihre Forderungen präsentierten. CDU-Parteichef Friedrich Merz hatte sich angekündigt, sagte aber kurzfristig ab, um sich auf seine Rede im Bundestag vorzubereiten.^[59]

Merz war bis mindestens 2022 in der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) aktiv (als Präsidiumsmitglied bzw. Mitglied)^{[60][61][62]} Eilfort hat als Mitglied der Grundsatzprogrammkommission des MIT-Bundesvorstands das 2017 beschlossene Grundsatzprogramm mit erarbeitet.^[63]

Die Ehefrau von Eilfort, Barbara Götze, leitet das Büro von Merz im Konrad- Adenauer-Haus.^[64]

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt sind (seit 05/2025):

- [Wolfram Weimer](#) (parteilos, CDU-nah), Staatssekretär für Kultur und Medien
- [Michael Meister](#) (CDU), Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit
- Christiane Schenderlein (MdB/CDU), Staatsministerin für Sport und Ehrenamt

Weiterführende Informationen

- Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz, CORRECTIV, 28.01.2025
- Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakte, Lobbycontrol, 22.11.2024

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakte](#) lobbycontrol.de vom 22.11.2024
2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [15. Bundesmittelstandstag](#), mit-bund.de vom 11.12.2021, abgerufen am 23.12.2021
4. ↑ [Glückwunsch!](#) mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
5. ↑ [Armin Peter](#), linkedin.com, abgerufen am 05.04.2022
6. ↑ [Peter ist Pressesprecher des CDU-Vorsitzenden Merz](#), politik-kommunikation vom 28.02.2022, abgerufen am 05.04.2022
7. ↑ [Sektionsvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.09.2024
8. ↑ [Mitglieder](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 29.09.2024
9. ↑ [Mayer Brown gratuliert Friedrich Merz zur Wahl zum CDU-Vorsitzenden](#), mayerbrown.com vom 26.01.2022, abgerufen am 29.03.2024
10. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
11. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
12. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020

13. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
14. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
15. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
16. ↑ [Friedrich Merz: Da ist er wieder](#), zdf am 22.1.2022, abgerufen am 22.1.2022
17. ↑ [Merz als Kanzlerkandidat nominiert](#), cdu.de vom 23.09.2024, abgerufen am 28.09.2024
18. ↑ [Merz und Röttgen für CDU-Vorsitz nominiert](#), abgerufen am 16.11.2021
19. ↑ [Laschet holt Merz in sein Wahlkampfteam](#) Süddeutsche Zeitung vom 28.04.2021, abgerufen am 29.04.2021
20. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020
21. ↑ [Land hat seit fast einem Jahr keinen Brexit Beauftragten mehr](#). bild.de vom 04.12.2020, abgerufen am 28.09.2024
22. ↑ [Mitglieder Politik](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 28.09.2024
23. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
24. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
25. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags](#), werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
26. ↑ [Über uns](#) therepublic.de, abgerufen am 26.11.2024
27. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#) deutschlandfunk.de vom 17.07.2024, abgerufen am 26.11.2024
28. ↑ [Unionspolitiker gehen auf Distanz zu neuer konservativer Agentur – Merz wünscht Erfolg](#), handelsblatt.com vom 22.10.2021, abgerufen am 26.11.2024
29. ↑ [Treffen mit Waffenlobbyisten und Trump-Anhänger: Merz sagt Teilnahme an Rechtsaußen-Veranstaltung ab](#) tagesspiegel.de vom 22.08.2022, abgerufen am 26.11.2024
30. ↑ [Merz will bei Einzug in den Bundestag keine Nebentätigkeiten ausüben](#) Redaktionsnetzwerk Deutschland, abgerufen am 07.07.2021
31. ↑ [Armin Peter](#), twitter.com
32. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU – Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser](#) LobbyControl im März 2021, abgerufen am 08.04.2021
33. ↑ ["Hört auch mal zu zwischendurch"](#) Der Spiegel, 06.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
34. ↑ [„Ex-Unionsfraktionschef Merz kritisiert Merkels Klimapolitik – und Greta Thunberg“](#) Handelsblatt, 25.09.2019, abgerufen am 08.04.2021
35. ↑ ["#MerzMail 16"](#) vom 23.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
36. ↑ [Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln](#), merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
37. ↑ [Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär](#), blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
38. ↑ [Merz Vorsitz des Verwaltungsrats](#), about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
39. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf](#), spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
40. ↑ [Die vielen Geschäfte des Herrn Merz](#), handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
41. ↑ [Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock](#), spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
42. ↑ [Merz bestreitet Interessenkonflikte](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
43. ↑ [Der Gegenspieler Friedrich Merz](#), general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
44. ↑ [Lehrmonate einer Landesregierung](#), rp-online.de vom 29.11.2018, abgerufen am 09.11.2018

45. ↑ [Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke](#), Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020
46. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
47. ↑ [Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke](#), Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
48. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
49. ↑ [Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf](#), spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
50. ↑ [Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an](#) FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
51. ↑ [Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter](#), spiegel.de, 14. April 2020
52. ↑ [Streit um Nebeneinkünfte](#), handelsblatt.de, 14. April 2020
53. ↑ [Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007](#)
54. ↑ [Merz tritt als RAG-Anwalt auf](#), KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
55. ↑ [Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz](#), manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
56. ↑ [Prof. Dr. Michael Eilfort](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.01.2025
57. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), lobbycontrol.de vom 02.06.2005, abgerufen am 30.01.2025
58. ↑ [Aus der Lobbywelt Kleines Update zur INSM](#), lobbycontrol.de vom 21.12.2006, abgerufen am 30.01.2025
59. ↑ „[Wirtschaftswarntag](#)“ in Berlin: wenig Teilnehmer, laute Buhrufe, capital.de vom 30.01.2025, abgerufen am 30.01.2025
60. ↑ [Glückwunsch!](#), mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
61. ↑ [15. Bundesmittelstandstag](#), mit-bund.de, abgerufen am 30.01.2025
62. ↑ [Friedrich Merz im MIT-Präsidium](#), mit-rlp.de vom 05.02.2021, abgerufen am 29.01.2025
63. ↑ [Grundatzprogramm der MIT](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2025
64. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025 , abgerufen am 28.01.2025

Apple

Apple Inc.	
Branche	Hard- und Softwareentwicklung
Hauptsitz	Cupertino, Kalifornien
Lobbybüro	
Deutschland	
Lobbybüro EU	Rue de la Science 23, 1040 Brüssel
Webadresse	www.apple.com

Apple gehört mit weltweiten Umsatzerlösen von rund 400 Mrd. USD und einem Gewinn von fast 100 Mrd. USD im Geschäftsjahr 2022 zu den umsatz- und gewinnstärksten Unternehmen der Welt.^[1] Der Konzern ist einer der global führenden Technologiekonzerne. Er entwickelt, produziert und verkauft Elektronikprodukte wie Computer, Smartphones, Unterhaltungselektronik und die dazugehörige Software und ist Betreiber eines der größten Vertriebsportale für Musik, Filme und Software weltweit. Das Unternehmen ist bekannt für den Statussymbol-Charakter seiner Produkte, Patentstreits mit Konkurrenzfirmen und die schlechten Arbeitsbedingungen bei Zulieferbetrieben. In Brüssel betreibt Apple intensive Lobbyarbeit. Vor allem bei der Steuergesetzgebung sowie bei Themen des digitalen Binnenmarkts wurde der Konzern aktiv.

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	42
1.1	Lobbyarbeit in Brüssel	42
1.2	Lobbyarbeit in den USA	44
2	Fallbeispiele und Kritik	45
2.1	Apple, Trump & Strafzölle gegen China	45
2.2	Von Steve Jobs zu Tim Cook	45
2.3	Steuerdeal in Irland	46
2.4	Apple & Datenschutz	47
2.5	Künstliche Intelligenz	47
3	Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht	48
3.1	USA	48
3.2	EU	48
3.3	Deutschland	49
3.4	Südkorea	49
4	Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung	49
5	Kurzdarstellung und Geschichte	50
6	Weiterführende Informationen	50
7	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
8	Einelnachweise	50

Lobbystrategien und Einfluss

Apple setzt im Vergleich zu anderen Tech-Giganten wie Amazon oder Google auf eine weniger offensive Lobbying-Strategie. Dies schlägt sich zum einen in den im direkten Vergleich zu anderen Akteuren vor allem in den USA deutlich geringeren Lobbyausgaben des Konzerns als auch in dem Fehlen einer für dortige Großkonzerne üblichen Lobbygruppe, die sich auf die Unterstützung und Bekämpfung von Abgeordneten oder Wahlbeamten der Regierung konzentriert – dem sogenannten Political Action Committee (PAC). Nichtsdestotrotz hat der Konzern vor allem seine Lobbyausgaben innerhalb der EU in den letzten Jahren deutlich gesteigert und betreibt ein eigenes Lobbybüro in Brüssel. Darüber hinaus ist Apple Mitglied in diversen Verbänden, durch die der Konzern in Kooperation mit anderen Unternehmen Lobbyarbeit betreibt. So ist Apple unter anderem Mitglied bei [DIGITALEUROPE](#) und [EdiMA](#) (European Digital Media Association), den wichtigsten Verbänden der globalen IT-Branche in der EU. Darüber hinaus unterstützt Apple Thinktanks wie The Lisbon Council, um über deren Publikationen Einfluss auf für das Unternehmen relevante Debatten – wie etwa die Wettbewerbspolitik der EU – zu nehmen.

Lobbyarbeit in Brüssel

In Brüssel betreibt Apple ein eigenes Lobbybüro mit 21 LobbyistInnen (7 Vollzeitäquivalent)[\[1\]](#). 9 dieser Interessenvertreter*innen haben einen Hausausweis[\[2\]](#) für das [Europäische Parlament](#). Ein zentraler Ansprechpartner für Apple ist der EU-Kommissar für den Digitalen Binnenmarkt, [Andrus Ansip](#), mit dessen Kabinettsmitgliedern sich der Konzern 2019 acht Mal traf [\[2\]](#). Apple lässt sich bei direkten Treffen allerdings meist von Verbänden vertreten. Im selben Jahr kam es darüber hinaus außerdem zu einem Treffen mit Andrus Ansip selbst. Durch die Aufschlüsselung der Lobbyausgaben in Brüssel zeigt sich, wie Apple seine Lobbyarbeit in den letzten Jahren ausgeweitet hat.

Jahr Lobbyausgaben in Brüssel (in
€)

202 6,500,000€ - 6,999,999€
1

202 3,500,000€ - 3,999,999€
0

201 2,000,000€ - 2,250,000€
9

201 2,000,000€ - 2,250,000€
8

201 1,000,000€ - 1,250,000€
7

201 1,000,000€ - 1,250,000€
6

201 800,000€ - 900,000€
5

201 700,000€ - 800,000€
4

Quelle: [LobbyFacts](#)^[2]

Apple Inc. ist u.a. Mitglied der folgenden Lobbyverbände^[3]:

- AIM - European Brands Association
- ACT | The App Association
- Allied for Startups
- [American Chamber of Commerce to the European Union \(AmCham EU\)](#)
- [Bruegel](#)
- Business Software Alliance (BSA)
- Centre for European Policy Studies (CEPS)
- Centre for European Reform (CER)
- Centre on Regulation in Europe (CERRE)
- Coordination Committee of the Radiological, Electromedical and Healthcare IT Industry (COCIR)
- Computer and Communications Industry Association (CCIA)
- [DIGITALEUROPE](#)
- DOT Europe
- European Association of Payment Service Providers for Merchants (EPSM)
- (ehm.)European Digital Media Association (EDIMA)
- [European Internet Foundation \(EIF\)](#)
- European Payment Institutions Federation (EPIF)
- European Policy Centre (EPC)
- European Portable Battery Association (EPBA)
- [European Services Forum \(ESF\)](#)
- Fair Standards Alliance (FSA)
- ITI - The Information Technology Industry Council
- MedTech Europe
- Mobile Manufacturers Forum (MMF)
- Recharge

- (ehm.) [The Lisbon Council](#)
- [Transatlantic Policy Network](#) (TPN)
- 4evergreen

Lobbyarbeit in den USA

Neben der eigenen Lobbyarbeit hat Apple im Jahr 2019 sieben weitere externe Unternehmen damit beauftragt, die amerikanische Politik in einer Vielzahl von Bereichen wie dem internationalen Handel, Patentrecht und Steuerreform zu beeinflussen und setzt ansonsten auf persönliche Gespräche zwischen Konzernchefs und Regierungsmitgliedern.^[4]

In den USA kann man anhand der Daten des amerikanischen Lobbyregisters sehen, wie hoch die Zunahme der Lobbyausgaben von Apple ist. Seit 2012 haben sich die Lobbyausgaben beinahe vervierfacht. Das Geschäftsjahr 2019 markiert den bisherigen Höhepunkt der Konzernausgaben für Lobbyarbeit wobei sich der Wert über die letzten drei Jahre relativ stabil hält.^[5]

Jahr	Lobbyausgaben in den USA (in US\$)
2021	6,5 Millionen
2020	6,65 Millionen
2019	7,42 Millionen
2018	6,68 Millionen
2017	7,15 Millionen
2016	4,67 Millionen
2015	4,52 Millionen
2014	4.11 Millionen
2013	3,37 Millionen
2012	1,97 Millionen

Quelle: US Lobbyregister^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Apple, Trump & Strafzölle gegen China

Mit der Amtseinführung von Donald Trump als Präsident der USA erhöhte Apple seine dortigen Ausgaben für Lobbyarbeit drastisch.^[7] Um über 50% stiegen die zur Durchsetzung politischer Interessen bereitgestellten Mittel des Konzerns 2017 im Vergleich zum Vorjahr. Obwohl Unternehmenschef Cook Trump mehrfach öffentlich in Sachen Klimaschutz und Diversität kritisiert hatte und 97% der Spenden zur 2018er Midterm-Wahl aus dem Hause Apple an Kandidat:innen der Democrats gingen, besuchte er weiterhin Veranstaltungen im Weißen Haus und ließ die Kommunikation nicht abbrechen. Ganz im Gegenteil: Cook trifft sich regelmäßig mit Präsident Trump sowie mit hohen Regierungsvertretern wie seinem Wirtschaftsberater Larry Kudlow und unterhält enge Verbindungen zu Trumps leitenden Berater Jared Kushner und seiner Frau Ivanka. Trump nennt Cook seitdem nicht nur öffentlich seinen Freund und lobt ihn für seine Geschäftsfähigkeiten, sondern schenkte ihm auch in der Steuergesetzgebung Gehör.^[8]

Cook forderte schon seit Jahren eine signifikante Absenkung der amerikanischen Steuersätze auf Erträge aus dem Ausland und traf sich auch in diesem Zuge zu persönlichen Verhandlungen und PR-Terminen mit Trump, der Apple zur verstärkten Produktion innerhalb der USA bewegen wollte. Die Trump-Regierung führte die geforderte Steuersetzung 2018 schließlich durch und setzte den entsprechenden Steuersatz von 35 auf 21 Prozent herab. Außerdem müssen Konzerne nur noch 15,5 (bzw. 8 Prozent auf weniger liquide Werte) Steuern auf die Rückführung von im Ausland erzielten Gewinnen zahlen, woraufhin Apple mehr als 250 Milliarden Dollar in die USA überführte.^[9] Apples Geldreserven betrugen Ende September 2017 268 Milliarden Dollar, wovon 94 Prozent außerhalb der USA lagerten. Parallel dazu wurde 2015 in Irland, wo der Konzern bislang einen Großteil seiner Gewinne lagerte, ein Steuerloch geschlossen und ein Verfahren über eine Strafzahlung von 13 Milliarden US Dollar eröffnet. Apple musste sich also nach alternativen Orten für sein Geld umsehen. Die Steuersetzung in den USA kam daher mehr als gelegen.

Weiterhin engagierte Apple im Oktober 2019 Jeffrey Miller und sein Team als die US-Regierung im Zuge des „Trade Wars“ gegen China Strafzölle beschloss von denen auch Apple-Produkte und vor allem wichtige Zulieferer des Unternehmens betroffen sind. Miller ist ein Langzeit-Bekannter Trumps und war einst stellvertretender Finanzvorstand des Gründungskomitees des US-Präsidenten.^[10] Er sollte sich auf Handelsfragen bezüglich technologischer Produkte und Services fokussieren und auf eine Vermeidung der Strafzölle für das Unternehmen hinarbeiten. Da Trump im Spätsommer 2018 viele Produkte des Konzerns von der Liste der Importzölle strich, scheint Apples Plan erfolgreich gewesen zu sein.^[11]

Von Steve Jobs zu Tim Cook

Mit der Neubesetzung des CEO-Postens des Mitbegründers Steve Jobs durch Tim Cook im Jahre 2011 zeichnete sich beim Thema Lobbyarbeit ein Kurswechsel bei Apple ab. Obwohl die Konkurrenz erheblich investierte, hielt sich Apple im Punkt Lobbyausgaben stets eher zurück. Jobs betrieb wenig Lobbyarbeit in Washington und mischte sich kaum und wenn, dann eher anlassbezogen in den politischen Alltag ein. Die Strategie der Firma in Washington wurde von Kritiker:innen als „Don't bother us“ („Lasst uns in Ruhe“)

beschrieben und setzte auf einen deutlich passiveren Umgang mit der Politik als andere Tech-Giganten wie Facebook oder Google.^[12] Apple verfügt weder über ein eigenes Political Action Committee um Werbung für oder gegen Abgeordnete oder Wahlbeamte zu machen noch über eine große Armada von politischen Berater:innen und Anwaltskanzleien aber dafür über ein wohl ausgewähltes Team von Vertragslobbyisten, die in für Apple brenzligen Situationen zum Einsatz kommen statt rund um das Jahr aggressive Arbeit in Washington zu verrichten.

Mit der Übernahme Cooks erhöhte sich das Budget für Lobbyarbeit sowohl in der EU als auch in den USA deutlich.^[13] Nichtsdestotrotz verfolgt auch Cook nach Außen hin eine passive Strategie und gibt an, nicht an Lobbyisten zu glauben sondern Gespräche mit der Regierung lieber persönlich zu führen.^[14] Die weiter oben beschriebenen engen Verbindungen zur aktuellen Regierung mögen auch die relativ geringen Lobbyausgaben von Apple erklären.

Steuerdeal in Irland

Große Aktiengesellschaften wie Apple müssen viele ihrer Daten offenlegen, aber längst nicht alle. Deshalb gibt es über die genaue Steuerrate auf ihre Gewinne innerhalb der EU auch nur Schätzungen und Vermutungen. Der Konzern suchte lange nach einem Land ohne bzw. mit möglichst geringen Steuern innerhalb der EU und fand in Irland einen Heimatsitz, der dem Unternehmen einen maßgeschneiderten Steuerdeal anbot. Laut der Kommission zahlte Apple bis 2014 lediglich 0,005 Prozent der Körperschaftssteuern und lag damit deutlich unter der für deutsche Dax-Konzerne üblichen Steuerquote von 20-25%.^[15] Mit der irischen Regierung hat Apple zwischen 1991 und 2007 eine Reihe von Vereinbarungen geschlossen, die laut EU-Kommission „in künstlicher Weise eine erhebliche Verringerung der in Irland gezahlten Steuern bewirkt haben“ soll, weswegen sie diesen Steuerdeal für eine illegale Staatshilfe hält, die andere Firmen benachteiligt.

Aus diesem Grund brummte die Kommission dem Konzern eine Rückzahlung von 13 Milliarden Euro für die Jahre vor 2015 auf. Im Kern geht es in dem Verfahren um den Schutz des fairen Wettbewerbs auf dem europäischen Binnenmarkt. Apple widerspricht dem vehement, gibt an, dass es seine Steuern stattdessen (trotz großem Umsatz innerhalb der EU) in den USA bezahle, da dort maßgeblich die Forschung und Entwicklung für seine Produkte stattfinde und klagt seit 2016 gegen das Urteil. Die EU-Kommission argumentiert, dass Apple Erträge seinen nur auf dem Papier existierenden „Verwaltungssitzen“ zuordne. In diesem Zuge kam es auch zu bilateralen Treffen zwischen der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager und CEO Tim Cook sowie zu zahlreichen Treffen des Konzerns mit Kabinettsmitgliedern des für den digitalen Binnenmarkt zuständigen Vizepräsidenten der Kommission Andrus Ansip.^[16]

Nachdem das Dublin das Steuer-Schlupfloch von Apple stopfte, wuchs Irlands BIP 2015 um ein Viertel und eine Studie zeigt, dass der Konzern seitdem zwischen zwei und neun Prozent steuern auf seine europäischen Gewinne zahlt. Apple drückt sich also weiterhin um seine Steuern.^[17] CEO Tim Cook lehnte in diesem Zuge eine öffentliche Befragung durch Abgeordnete ab und kommentiert Zahlen wie der des hier besprochenen Reports grundsätzlich nicht. Der Konzern fährt also auch hier eine passive, eher zurückgezogene Strategie. Die Klage der EU-Kommission wurde im Juli 2020 vor dem EU-Gericht in Luxemburg annulliert, was damit begründet wurde, dass die Kommission nicht nachweisen könne, dass die zwischen Apple und Irland getroffenen Vereinbarungen eine unerlaubte staatliche Beihilfe gewesen seien.^[18]

Apple & Datenschutz

Nachdem Edward Snowden 2013 publik machte, dass US Geheimdienste Überwachungsprogramme wie PRISM benutzen um an die persönlichen Daten von Europäer:innen zu gelangen, fand sich auch Apple auf der Liste der Tech-Konzerne wieder, die ihre Daten für solche Zwecke bereitgestellt hatten. Offiziell wies Apple allerdings bislang jeden Vorwurf von sich und der Konzern gibt an, nichts von der Sache gewusst zu haben. CEO Tim Cook wirbt nun seit einiger Zeit ganz im Gegenteil nicht nur in Brüssel öffentlich offensiv für neue Datenschutz-Maßnahmen sondern fordert auch in den USA ein Datenschutzgesetz nach dem EU-Vorbild der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).^[19] 2018 richtete der Konzern sogar als Reaktion auf das Inkrafttreten der DSGVO eine Website ein, auf der User:innen einsehen können, welche persönlichen Daten Apple über sie speichert.

Insgesamt grenzt sich Apple in Privacy-Fragen schon seit Jahren von seiner Konkurrenz ab, gibt sich als Vorreiter beim Datenschutz aus und erklärt sich zum Gegenpol von datenhungrigen Unternehmen wie Facebook oder Google. Der Technologiekonzern verdient allerdings den Großteil seines Geldes mit hochpreisiger Hardware wie Laptops und dem iPhone, die Konkurrenz aber vor allem mit Werbung für die sie im großen Stil Nutzerdaten sammeln. Nachdem der EuGH das sogenannte „Privacy-Shield“ zwischen den USA und der EU aufgrund ungleicher Standards und offenen Zugriffsmöglichkeiten der US-Behörden auf Daten von EU-Bürger:innen gekippt hat, scheint Apple erneut seine Vorreiterrolle manifestieren zu wollen, da die USA nun dazu gezwungen sind, ihre Überwachungsgesetze zu ändern wenn US-Konzerne weiterhin eine Rolle auf dem EU-Markt spielen wollen.^[20]

Es ist allerdings zu vermuten, dass Apple seinen Einsatz im Datenschutz als Ablenkungsmechanismus von seinen Steuervermeidungstaktiken nutzt, für die der Konzern in den letzten Jahren sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit massiv kritisiert wurde. Nichtsdestotrotz war der Konzern vermehrt mit eigenen Verfehlungen im Datenschutz in den Medien. So rief der Whistleblower Thomas Le Bonniec, der 2019 an einem Siri Transkriptions-Projekt in Irland arbeitete, dazu auf, Apples vergangene und momentane Praktiken in Sachen Datenschutz stärker zu kontrollieren. Le Bonniec hatte zuvor Aufnahmen von Siri, die teils aus Versehen getätigten wurden, ohne das Wissen der Nutzer:innen untersucht. Gegen Apple wurde jedoch keine Ermittlung eingeleitet. Der Konzern reagierte allerdings mit der Zwischenschaltung einer Einwilligungserklärung für Nutzer:innen und führt sein Siri-Programm fort.^[21]

Künstliche Intelligenz

Im Zuge der Vorstellung der Strategie zur Förderung von künstlicher Intelligenz innerhalb der EU sind Anfang des Jahres hochdotierte Vertreter und Konzernchefs von Facebook, Google und auch Apples Senior Vice President im Bereich KI John Giannandrea nach Brüssel geflogen, um sich mit Repräsentant:innen der EU wie der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager zu treffen.^[22] Giannandrea hatte bis 2018 noch bei Google gearbeitet und wurde vermutlich abgeworben, um an Siri und Apples selbstfahrendem Auto-Programm zu arbeiten. Es wird darüber diskutiert, inwiefern Unternehmen KI einsetzen dürfen und wo es Beschränkungen geben soll. Die Entscheidungsträger:innen der EU setzt auf einen präventiven Umgang mit neuen Technologien als die USA, die die Firmen des Silicon Valley über die letzten Jahrzehnte relativ ungehindert und frei von Regulierungen wachsen und forschen ließen. Dies kann den Big Tech-Unternehmen vor allem gefährlich werden, da die Reglementierungen der digitalen Welt der EU in den vergangenen Jahren globale Standards gesetzt haben und von anderen Staaten übernommen wurden.^[23] Apple nutzt KI in Produkten wie Siri und Face ID und äußert sich bislang nicht im Bezug auf seine Forderungen und Vorstellungen zum Thema.

Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht

Insbesondere in den USA, der EU und Deutschland werden Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, mit denen die Macht der Digitalkonzerne beschränkt und ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken unterbunden werden sollen. Die Digitalkonzerne haben deshalb ein starkes Interesse daran, über verstärkte Lobbyausgaben strengere gesetzliche Regelungen zu verhindern. So hat Apple in den USA die Lobby-Ausgaben von knapp 2 Mio. Dollar im Jahr 2012 auf 6,65 Mio. Dollar im Jahr 2020 gesteigert.

USA

Laut einer am 21. Juli 2021 verabschiedeten [Grundsatzerkklärung](#) wird die US-amerikanische Wettbewerbs- und Verbraucherschutzbehörde Federal Trade Commission (FTC) verstärkt gegen unrechtmäßige Reparaturbeschränkungen vorgehen.^[24] Das „Recht auf Reparatur“ soll über die konsequente Anwendung bereits bestehender gesetzlicher Regelungen durchgesetzt werden. Apple kämpft seit Jahren gegen ein „Recht auf Reparatur“ mit dem Hinweis auf die Gefahren, die unsachgemäße Reparaturen bergen könnten.

Die Spielefirma Epic Games will einen eigenen App Store auf dem iPhone betreiben und Apple keine Abgabe für Einnahmen aus dem Verkauf digitaler Artikel zahlen.^{[25][26]} Bei In-App-Käufen behält Apple 30 Prozent des Kaufpreises ein. In einer Klage wirft Epic Apple unfairen Wettbewerb vor. Ein Gericht in Oakland /Kalifornien ordnete in einer Entscheidung am 10. September 2021 an, dass der Konzern Entwicklern erlauben muss, ihren iOS-App-Nutzern Alternativen zu Apples Bezahlmechanismus im App-Store zu bieten.^[27] Da das Gericht den Forderungen von Epic Games nur zum Teil gefolgt ist, hat das Unternehmen Berufung eingelegt.

EU

Mit dem [Gesetz über digitale Dienste](#) (Digital Services Act) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.^[28] Das [Gesetz über digitale Märkte](#) (Digital Markets Act) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Am 24. März 2022 bzw. am 23. April 2022 haben sich EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten auf die endgültige Fassung der genannten Gesetze geeinigt.^{[29][30]}

Auf eine Beschwerde von Spotify kam die EU-Kommission im April 2021 in einer vorläufigen Einschätzung zu dem Ergebnis, dass Apple durch strikte Regeln im App Store zum Nachteil konkurrierender Musik-Streamingdienste den Nutzern die Wahl nimmt, billigere Dienste zu nutzen.^[31] Dadurch werde der Wettbewerb verzerrt. Apple habe eine dominierende Marktposition beim Vertrieb von Musikstreaming-Anwendungen im App Store. Der Konzern sei zugleich "Torwächter" und Konkurrent mit seinem eigenen Dienst Apple Music. Weitere Verfahren der EU-Kommission betreffen den Bereich der E-Books und das Bezahlsystem Apple Pay.^[32]

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Amazon beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Im April 2023 hat das Bundeskartellamt entschieden, dass Apple ein Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb ist und damit der erweiterten Missbrauchsaufsicht des § 19a GWB unterliegt.^[33] Hinsichtlich konkreter Verhaltensweisen von Apple prüft das Bundeskartellamt in einem weiteren Verfahren Apples Tracking-Regelungen sowie das App Tracking Transparency Framework.

Südkorea

Ein vom südkoreanischen Parlament beschlossenes Gesetz zwingt Apple dazu, Entwicklern zu erlauben, andere Zahlungsmöglichkeit zu nutzen als das konzerneigene System für Abos und In-App-Käufe.^[34] Die Entwickler klagen, dass ihnen bei 30 Prozent Provision kaum Geld zum Leben bleibt.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert.

Vor diesem Hintergrund haben sich im Rahmen der OECD 137 Staaten auf faire Verteilrechte und einen einheitlichen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent geeinigt. Am 9./10. Juli 2021 haben die Finanzminister*innen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, das Konzept beschlossen.^[35] Die Besteuerungsrechte sollen tendenziell vom Ort der Produktion dahin gelenkt werden, wo die Produkte vermarktet werden. Dazu soll ein Anteil des Gewinns einer Unternehmensgruppe oder Geschäftssparte den Staaten mittels einer Formel zugewiesen werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Unternehmen in dem Staat einen Sitz hat. Neben dem Implementierungsplan der internationalen Staatengemeinschaft beabsichtigt auch die Europäische Kommission, den Prozess eng zu begleiten, um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Staats- und Regierungschef aus der Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) billigten am 30. Oktober 2021 in Rom das Konzept, auf das sich zuvor 136 Länder verständigt hatten.^[36] Für Länder, die bisher stark vom Steuerwettbewerb profitiert haben, sind gewisse Übergangserleichterungen vorgesehen. Nach einer Pressemitteilung des Europäischen Rats der EU vom 12.12.2022 haben die EU-Mitgliedsstaaten eine grundsätzliche Einigung über die Umsetzung der Mindeststeuerkomponente (die sogenannte zweite Säule) der internationalen Steuerreform der OECD auf europäischer Ebene erzielt.^[37] Der Bundesrat hat am 15. 12. 2023 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 10. 11. 2023 verabschiedeten Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gewährung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen zuzustimmen.^[38]

Kurzdarstellung und Geschichte

Apple wurde 1976 von Steve Jobs, Steve Wozniak und Ronald Wayne gegründet um den weltweit ersten Personal Computer „Apple I“ zu vermarkten, welcher in Los Altos im Silicon Valley entstand. Heutzutage verkauft das Unternehmen neben einer großen Bandbreite an Computern, Smartphones und Unterhaltungselektronik auch Anwendungssoftware und betreibt eines der größten Internet-Vertriebsportale für Musik, Filme und Software.

Weiterführende Informationen

- [LobbyControl: Macht der Digitalkonzerne](#)
- [Die Revolution der kleinen Zahl - ausführliche Analyse der globalen Mindeststeuer in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Juli 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Apple unterliegt den Digitalvorschriften nach § 19 a GWB](#), bundeskartellamt.de vom 05.04.2023, abgerufen am 13.04.2023
2. ↑ [Apple Inc. , LobbyFacts](#) vom 11.08.2020, zuletzt aufgerufen am 11.08.2020
3. ↑ [Lobbyfacts.eu](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 02.11.2022
4. ↑ [Lobbyists representing Apple, 2019](#), OpenSecrets, zuletzt aufgerufen am 11.08.2020
5. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Apple](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
6. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Apple](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 01.11.2022
7. ↑ [Wegen Trump: Apple erhöht Lobbyausgaben deutlich](#), heise.de vom 24.07.2017, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
8. ↑ [Apple CEO Tim Cook's close ties with Donald Trump](#), businessinsider.de vom 05.10.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
9. ↑ [Trumps' Steuerreform: Ein „großartiges Weihnachtsgeschenk“](#), FAZ vom 20.12.2017, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
10. ↑ [Apple hires pro-Trump lobbyist](#), CNBC vom 14.07.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
11. ↑ [Trump schont Apple](#), Süddeutsche Zeitung vom 18.09.2018, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
12. ↑ [Apple's lobbying effort not yet ripe](#), Politico vom 05.09.2012, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
13. ↑ [Trend Lobbying: Apples Millionen-Anstrengungen](#), Handelszeitung.ch vom 08.02.2016, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
14. ↑ [Tim Cook says he doesn't believe in lobbyists](#), businessinsider.de vom 21.11.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
15. ↑ [Apples Steuertricks kosten EU-Staaten mindestens vier Milliarden Euro](#), Süddeutsche Zeitung vom 21.06.2018, zuletzt abgerufen am 11.08.2020

16. ↑ [EU-Gericht kippt Mega-Steuernachforderung für Apple in Irland](#), Merkur.de vom 31.07.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
17. ↑ [Apple weist Forderung nach 13 Milliarden Euro Steuernachzahlung zurück](#), Zeit.de vom 17.09.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
18. ↑ [EU-Gericht: Apple muss keine 13 Milliarden Euro Steuern nachzahlen](#), Süddeutsche Zeitung vom 15.07.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
19. ↑ [Apple-Chef Tim Cook fordert eine Datenschutzgrundverordnung für die USA](#), Netzpolitik.org vom 24.10.2018, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
20. ↑ [EuGH kippt Datendeal zwischen USA und EU](#), tagesschau.de vom 16.07.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
21. ↑ [Apple whistleblower calls for privacy probes into Big Tech voice assistants](#), Politico vom 20.05.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
22. ↑ [Silicon Valley Heads to Europe, Nervous About New Rules](#), The New York Times vom 16.02.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
23. ↑ [Apple, Google, Facebook lobby EU over AI regulation plans](#), appleinsider.com vom Februar 2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
24. ↑ [US-Handelsaufsichtsbehörde verabschiedet Richtlinie für Recht auf Reparatur](#), heise.de vom 22.07.2021, abgerufen am 02.08.2021
25. ↑ [Gerichtsverfahren zwischen Apple und Epic Games gestartet](#), zeit.de vom 04.05.2021, abgerufen am 03.08.2021
26. ↑ [Apple's Fortnite Trial Ends With Pointed Questions and a Toast to Popeyes](#), nytimes vom 14.05.2021, abgerufen am 03.08.2021
27. ↑ [Angriff nochmals abgewehrt](#), sueddeutsche.de vom 13.09.2021, abgerufen am 14.09.2021
28. ↑ [Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft](#), hss.de vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021
29. ↑ [<https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigung-beim-digital-markets-act-dma/>] Frust und Freude: Einigung beim Digital Markets Act (DMA), lobbycontrol.de vom 22.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
30. ↑ [EU-Kommission begrüßt die Einigung auf Regeln für Online-Plattformen](#), bundesregierung.de vom 25.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
31. ↑ [EU wirft Apple unfairen Wettbewerb vor](#), tagesschau.de vom 30.04.2021, abgerufen am 02.08.2021
32. ↑ [EU-Kommission wirft Apple unfairen Wettbewerb in seinem App-Store vor](#), nzz.ch vom 01.05.2021, abgerufen am 02.08.2021
33. ↑ [Apple unterliegt den Digitalvorschriften nach § 19 a GWB](#), bundeskartellamt.de vom 05.04.2023, abgerufen am 13.04.2023
34. ↑ [Die App-Store als Geldmaschine](#), sueddeutsche.de vom 02.09.2021, abgerufen am 07.09.2021
35. ↑ [Reform der internationalen Unternehmenssteuer kommt](#), bundesfinanzministerium.de vom 10.07.2021, abgerufen am 27.07.2021
36. ↑ [G 20 billigen Konzept für globale Mindeststeuer](#), faz.de vom 30.10.2021, abgerufen am 31.10.2021
37. ↑ [Internationale Besteuerung: Rat erzielt Einigung über Mindestbesteuerung der größten Unternehmen](#), consilium.europa.eu vom 12.12.2022, abgerufen am 18.12.2022
38. ↑ [Beschluss des Bundesrates](#), bundesrat.de, abgerufen am 17.12.2023

Amazon

Amazon ist der weltweit größte Internethändler. Das Unternehmen ist bekannt für seine Steuervermeidungstricks und schlechten Arbeitsbedingungen. Außerdem wird Amazon

Amazon.com Inc.

vorgeworfen, seine überragende Marktstellung zu missbrauchen. In Washington und Brüssel betreibt Amazon intensive Lobbyarbeit. Vor allem bei der Gesetzgebung zum EU-Datenschutz wurde der Konzern aktiv. Um Steuern zu sparen lässt Amazon 75 Prozent seiner Geschäfte außerhalb der USA über Tochterunternehmen in Luxemburg laufen.^[1]

Amazon.com Inc.	
Branche	Versandhandel
Hauptsitz	Seattle, Washington
Lobbybüro	Marcel-Breuer-Str. 12,
Deutschland	80807 München
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 27, 1040 Brüssel
Webadresse	www.amazon.com

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	52
1.1	Lobbyarbeit in Brüssel ^[2]	52
1.2	Lobbyarbeit in den USA	54
1.3	Lobbyarbeit in Deutschland	55
2	Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht	55
2.1	USA	56
2.2	EU	56
2.3	Deutschland	56
3	Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung	57
4	Fallbeispiele und Kritik	58
4.1	2022: Millionenschwere Imagekampagne als Beispiel von Deep Lobbying	58
4.2	2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA	58
4.3	Big-Brother-Award 2018	58
4.4	2014-2016: Amazon an deutschen Schulen	58
4.5	2013: Lobbyschlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	59
5	Kurzdarstellung und Geschichte	59
6	Weiterführende Informationen	59
7	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	60
8	Einelnachweise	60

Lobbystrategien und Einfluss

Amazon hat eigene Lobbybüros in den für Amazon wichtigen Machtzentren, wie Brüssel und Washington. Amazon ist Mitglied in diversen Verbänden und betreibt dadurch indirekt - in Kooperation mit anderen Unternehmen - Lobbyarbeit. Das Unternehmen ist unter anderem Mitglied bei [BITKOM](#), einem Digitalverband mit guten Beziehungen zum [Bundeskanzleramt](#) und dem [Bundeswirtschaftsministerium](#). Auf EU-Ebene ist Amazon zudem Mitglied bei [DIGITALEUROPE](#), dem wichtigsten Verband der globalen IT-Branche in der EU. In den USA beauftragt Amazon Lobbyfirmen, die das Unternehmen bei speziellen Angelegenheiten vertreten.

Lobbyarbeit in Brüssel^[2]

Amazon Europe Core SARL gibt im Transparenzregister an, in Brüssel 8 Lobbyist:innen zu beschäftigen. 9 Interessenvertreter:innen haben einen Hausausweis für das [Europäische Parlament](#).

Ein zentraler Ansprechpartner für Amazon war seit 2018 der EU-Kommissar für Binnenmarkt Thierry Breton zu den Verhandlungen zum [Digital Service Act \(DSA\)](#) und zum [Digital Markets Act \(DMA\)](#). Darin plante die EU-Kommission zum einen den Umgang mit Hassnachrichten, Falschinformationen und Betrug auf digitalen Plattformen zu regulieren.

Zum anderen möchte sie Wettbewerbsregeln für marktmächtige Plattformen (sogenannte Gatekeeper) aufstellen. Als so ein Gatekeeper lobbyiert Amazon mit anderen Digitalkonzernen gegen die Entwürfe. Ende 2020 traf Amazon den EU-Kommissar für Binnenmarkt Tierry Breton mit 16 weiteren Spitzenlobbyisten, darunter Twitter, Google, TikTok und Microsoft. Auch mit Kabinettszugehörigen der Kommissions-Präsidentin Von der Leyen traf sich Amazon 2022 zweimal zum Digital Service Act.

Darüber hinaus haben sich Amazon-Lobbyist:innen vermehrt mit Kommisar:innen unterschiedlicher Bereiche getroffen. Solche Treffen gab es zwischen 1/2020 und 5/2023 19 Mal.

Neben eigenen Lobbyist:innen machen vor allem Verbände, in denen Amazon Mitglied ist, Lobbyarbeit für Amazon.

In der Aufschlüsselung der Lobbyausgaben in Brüssel zeigt sich, wie Amazon seine Lobbyarbeit bis 2021 gesteigert hat, 2022 sanken sie laut Amazon wieder leicht.

Jahr	Lobbyausgaben in Brüssel (in €)
2022	2,750,000€ - 2,999,999€
2021	3,000,000€ - 3,499,999€
2020	2,750,000€ - 2,999,999€
2019	1,750,000€ - 2,000,000€
2018	1,750,000€ - 2,000,000€
2017	1,750,000€ - 2,000,000€
2016	1,750,000€ - 2,000,000€
2015	1,500,000€ - 1,750,000€
2014	600,000€ - 700,000€

Quelle: [LobbyFacts](#)^[2]

Amazon Europe Core SARL ist u.a. Mitglied der folgenden Lobbyverbände^[3]

- Bruegel
- Computer and Communications Industry Association (CCIA)
- DIGITALEUROPE
- E Commerce Europe

- [EuroCommerce](#)
- [DOT – Digital Online Tech](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [EuroISPA Asb \(European Internet Services Providers Associations\)](#)
- [European Internet Forum \(EIF\)](#)
- [European Payment Institutions Federation EPIF](#)
- [Fedil](#)

Lobbyarbeit in den USA

Neben der eigenen Lobbyarbeit hat Amazon (nur amazon.com) im Jahr 2023 neunzehn weitere externe Unternehmen damit beauftragt, die amerikanische Politik in einer Vielzahl von Bereichen zu beeinflussen. Dazu gehören Themen wie Steuerreformen, Datenschutz oder Internetsicherheit.^[4]

Eine Investigativ-Recherche von Reuters (11/2021)^[5] zeigte auf, dass Amazon durch die Lobbyarbeit eines Teams aus 250 Mitarbeiter:innen mehr als 3 Dutzend Gesetzesentwürfe zu Datenschutz in 25 Bundesstaaten schwächte oder zunichte machte. Ziel war es, Regelungen über Sprachaufnahmen aus dem Gesetzestexten auszuschließen, sodass der Vertrieb der sprachgesteuerten Assistenz ‚Alexa‘ gewährleistet war. Dadurch konnte Amazon eine große Mengen sensibler Daten seiner US-amerikanischen Kund:innen weiter sammeln. Amazon ließ Handelsgruppen, die Amazon selbst finanzierte, als Gegner der Gesetze auftreten. Offiziell nahm der Konzern so nie Stellung zu den Gesetzen, um dem eigenen Image nicht zu schaden.

Zentral für die Erfolge Amazons war Jay Carney, ehemaliger Presse-sprecher im Weißen Haus, der die Kampagne leitete. Dafür baute Carney und sein Team eine riesige Datenbank auf, in der Lobbykontakte zu Politiker:innen verwaltet wurden. So konnte genau geschaut werden, welche Politiker:innen wichtig für die Gesetzesgebung waren und welche Lobbyleistungen sie bereits erhalten haben. „Amazon launched a “watering the flowers” program to cultivate a “well-tended garden” of VIPs (Very Important Policymakers) through carefully tracked political donations, meetings and Amazon site tours.“^[5]

Verbraucherschützer:innen bezeichneten eines der verwässerten Gesetze in Washington als Schweizer Käse. Ein Gesetz, welches die Verbraucher:innen im Schein lässt etwas für deren Datenschutz zu tun, ohne jedoch wirklich wirksam zu sein.

Nach Recherchen des Journalisten Alex MacGillis lobbyierte Amazon gegen die Umsatzsteuer, die das Unternehmen bei einem Großteil der Verkäufe von Drittanbietern noch immer nicht berechnete, gegen die Regulierung von Drohnen, von denen es hoffte, sie zum Ausliefern von Paketen einzusetzen und gegen jede Bemühung, das Unternehmen von den US-Kartellbehörden prüfen zu lassen.^[6] Amazon lobbyierte weiterhin, um bei der amerikanischen Post die vergünstigten Zustellpreise zu behalten. Die Lobbytätigkeit betraf auch die Auftragsvergabe der Regierung, weil das Unternehmen hoffte, zentrale Anlaufstation bei allen Anschaffungen des Bundes zu werden.

In den USA kann man anhand der Daten des amerikanischen Lobbyregisters sehen, wie hoch die Zunahme der Lobbyausgaben von Amazon ist. Seit 2012 haben sich die Lobbyausgaben vervielfacht. Die Darstellung des Lobbyregisters in Quartalen zeigt, dass im ersten Quartal 2023 ein Wert von US\$ 4,630,000 erreicht wurde.^[7]

Jahr Lobbyausgaben in den USA (in
 US\$)

202

2	21,38 Millionen
202	19,32 Millionen
1	
202	17,86 Millionen
0	
201	16,14 Millionen
9	
201	14,19 Millionen
8	
201	12,84 Millionen
7	
201	11,02 Millionen
6	
201	9,07 Millionen
5	
201	4,74 Millionen
4	
201	3,45 Millionen
3	
201	2,50 Millionen
2	

Quelle: opensecrets.com [\[8\]](#)

Lobbyarbeit in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt Amazon Deutschland Services GmbH an, (Stand: 02.06.2023):

- im Jahr 2021 1,18 Mio. bis 1,19 Mio. € für Lobbyarbeit auszugeben und
- 11 bis 20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung zu beschäftigen, wobei 18 namentlich genannt werden ([zum Registereintrag](#)).

Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht

Amazon ist ein stetig wachsender und seine Geschäftsfelder erweiternder Konzern. Die Corona-Krise hat der Expansion einen zusätzlichen Schub gegeben. Nach der Pandemie schwächte sich der Umsatz wieder etwas ab. 2022 wies Amazon eine Steigerung des weltweiten Umsatzes von 9,4% auf 514 Milliarden Dollar auf, der Nettogewinn sank nach dem Pandemiejahr 2021 (33,4 Mrd. Dollar) auf einen Netto-Verlust von 2,7 Mrd. Dollar. [\[9\]](#) Umsatztreiber waren neben den Cloud-Services (AWS) vor allem das Marktplatz-, Prime- und Werbegeschäft.

In Deutschland lag der Umsatz 2022 bei ca. 31 Mrd. Euro. [\[9\]](#) Beim Online-Handel in Deutschland gehen 2022 auf Amazon 56% der gesamten Umsätze aus dem Onlinehandel zurück. [\[10\]](#) Die wachsende Macht der Digitalkonzerne und ihr Aufstieg zu den größten Lobbyakteuren hat zu Debatten um eine Vielzahl kontroverser Themen geführt: die Macht der Internetplattformen als Gatekeeper, die Beeinflussung von

Wahlkämpfen und öffentlichen Debatten, der Umgang mit Hassrede und Fake News, die Regulierung von Künstlicher Intelligenz, Digitalsteuern, etc.^[11] Die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie eingesetzte Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 ist der Überzeugung, dass die Bestreitbarkeit von Machtpositionen in der Digitalwirtschaft dauerhaft gewährleistet bleiben, ihre Ausnutzung zur Behinderung von Innovation und Wettbewerb unterbunden sowie eine machtbedingte Erstreckung auf weitere Märkte verhindert werden muss.^[12] Insbesondere in den USA, der EU und Deutschland werden Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, mit denen die Macht der Konzerne beschränkt und ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken unterbunden werden sollen. Die Digitalkonzerne haben deshalb ein starkes Interesse daran, über verstärkte Lobbyausgaben strengere gesetzliche Regelungen zu verhindern. So hat Amazon in den USA die Lobby-Ausgaben 2020 um 9,6 % erhöht.^[13] In Brüssel haben sich die Lobbyausgaben von 2019 auf 2020 stark erhöht und pendeln seitdem auf hohem Level.^[2]

USA

Das Abgeordnetenhaus im amerikanischen Kongress hat am 11. Juni 2021 fünf Gesetzesentwürfe vorgelegt, die es erleichtern könnten, die Internetkonzerne zu zerschlagen und ihnen den Verkauf bestimmter Produkte zu verbieten.^[14] Zugleich sieht sich Amazon kartellrechtlichen Ermittlungen der Federal Trade Commission ausgesetzt. Der Generalstaatsanwalt von New York hat am 25. Mai 2021 Klage gegen Amazon wegen des Missbrauchs seiner überragenden Marktstellung eingereicht.^[15] Amazon verbietet unabhängigen Händlern, ihre Waren auf alternativen Plattformen zu günstigeren Preisen anzubieten und verlange eine Gebühr, die bis zu 40 % des Preises betrage.

EU

Mit dem [Gesetz über digitale Dienste](#) (Digital Services Act) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.^[16] Das [Gesetz über digitale Märkte](#) (Digital Markets Act) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Am 24. März 2022 bzw. am 23. April 2022 haben sich EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten auf die endgültige Fassung der genannten Gesetze geeinigt.^{[17][18]}

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Amazon beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Im Juli 2022 stufte das Bundeskartellamt Amazon als Unternehmen mit "überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb" ein, wogegen der Konzern vor dem Bundesgerichtshof klagt.^[19]

LobbyControl setzt sich beim Bundeskartellamt dafür ein, dass es seine neuen Möglichkeiten nutzt, um die Macht von Amazon zu zerschlagen.^[20] Diese Forderung basiert auf einem Gutachten von Rechtsanwalt Dr. Kim Manuel Künstner: [Amazon entflechten? November 2023](#), das zu dem Schluss kommt, dass Entflechtungsmaßnahmen nicht nur rechtlich möglich, sondern auch nötig sind, um die Monopolmacht des Konzerns zu begrenzen und Schaden von der Demokratie abzuwenden.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert. Amazon hat in den Jahren 2009-2018 knapp 26,5 Mrd. Dollar Gewinn gemacht, aber nur rund 791 Millionen an Steuern gezahlt.^{[21][22]} 2018 soll Amazon auf einen Gewinn von 11,2 Mrd. Dollar sogar eine Steuergutschrift von 129 Mio. Dollar erhalten haben. Die EU-Kommission hat gegen Amazon ein Verfahren wegen der Gewährung unfairer Steuervorteile über ein Steuerkonstrukt in Luxemburg eingeleitet, über dessen Berechtigung das Gericht der Europäischen Union (EuG) im Mai 2021 entschieden hat.^[23] Das Gericht bekräftigte zwar, dass die Kommission derartige Arrangements in Frage stellen dürfe, bemängelte aber, diese habe mit ihrer Methodik nicht nachgewiesen, dass die Steuerlast tatsächlich künstlich verringert worden sei. Der Europaabgeordnete Sven Giengold (Grüne) forderte darauf hin strengere Wettbewerbsregeln, die staatlichen Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen enge Grenzen setzen. Vor diesem Hintergrund soll die internationale Unternehmensbesteuerung reformiert werden.

Im Rahmen der OECD haben sich 137 Staaten auf faire Verteilrechte und einen einheitlichen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent geeinigt. Am 9./10. Juli 2021 haben die Finanzminister*innen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, das Konzept beschlossen.^[24] Die Besteuerungsrechte sollen tendenziell vom Ort der Produktion dahin gelenkt werden, wo die Produkte vermarktet werden. Dazu soll ein Anteil des Gewinns einer Unternehmensgruppe oder Geschäftssparte den Staaten mittels einer Formel zugeteilt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Unternehmen in dem Staat einen Sitz hat. Neben dem Implementierungsplan der internationalen Staatengemeinschaft beabsichtigt auch die Europäische Kommission, den Prozess eng zu begleiten, um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten.

Die Staats- und Regierungschef aus der Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) billigten am 30. Oktober 2021 in Rom das Konzept, auf das sich zuvor 136 Länder verständigt hatten.^[25] Für Länder, die bisher stark vom Steuerwettbewerb profitiert haben, sind gewisse Übergangsleichterungen vorgesehen. Nach einer Pressemitteilung des Europäischen Rats der EU vom 12.12.2022 haben die EU-Mitgliedsstaaten eine grundsätzliche Einigung über die Umsetzung der Mindeststeuerkomponente (die sogenannte zweite Säule) der internationalen Steuerreform der OECD auf europäischer Ebene erzielt.^[26] Der Bundesrat hat am 15. 12. 2023 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 10. 11. 2023 verabschiedeten Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gewährung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen zuzustimmen.^[27]

Kurz nach OECD-Beschluss wurden Befürchtungen der US-Finanzministerin Janet Yellen veröffentlicht, laut denen Amazon von den Regelungen zu Steuerzahlung in den Marktstaaten nicht betroffen sein könnte. [\[28\]](#) Der Konzern sei demnach als ganzes, vor allem wegen seiner Onlinehandelsparte nicht profitabel genug, weise also eine zu geringe Gewinnmarge auf, um unter die Regelung zu fallen. Insidern zufolge könnte es eine Sonderregelung geben, die eben diese Fälle abdeckt, indem sie einzelne Sparten der Unternehmen betrachtet, die sowohl einen Gesamtumsatz von 20 Mio. US-Dollar als auch eine Gewinnmarge von 10% aufweisen. Überlegungen sind auch, die Umsatz-Kennzahl von 20 Mio. auf 10 Mio. US-Dollar zu senken. [\[29\]](#)

Fallbeispiele und Kritik

2022: Millionenschwere Imagekampagne als Beispiel von Deep Lobbying

LobbyControl kritisierte im November 2022 die millionenschwere Imagekampagne von Amazon, mit welcher der Konzern auf die anhaltende Kritik an den schlechten Arbeitsbedingungen in den Versandzentren reagierte. Insgesamt 8,1 Mio. € (Bruttowerbekosten) flossen demnach in Werbung, die 2021 in Zeitungen in Deutschland geschaltet wurden. Diese Ausgaben übersteigen das Budget, das Amazon im deutschen Lobbyregister für direkte Lobbyarbeit angibt, denn die Ausgaben für Imagekampagnen werden hierbei nicht erfasst. [\[30\]](#)

Recherchen von Correctiv ergaben zudem, dass die in der Werbung enthaltenen Botschaften ein „stark verzerrtes Bild der Realität“ vermitteln, denn die tatsächlichen Arbeitsbedingungen würden sich, anders als in den Kampagnen inszeniert, durch „Druck, Kontrolle und extreme Belastung“ kennzeichnen. [\[31\]](#) Mit dem Ziel dieser Kampagnen, langfristig die öffentliche Meinung und die Politik zu beeinflussen und mit einem positiv erzeugtem Image von einem politischen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen abzulenken, sind diese Kampagnen durchaus Teil der Lobbystrategie des Konzerns, wie LobbyControl kritisiert. Es handelt sich dabei um erweiterte Lobbyarbeit (auch *deep lobbying* genannt), für die, wie das Beispiel der Imagekampagne von Amazon zeigt, verbesserte Transparenzregeln notwendig sind. [\[32\]](#)

2021: Lobbyismus für die Legalisierung von Cannabis in den USA

Im September 2021 gab Amazon in einer [Mitteilung](#) bekannt, dass sich der Konzern mit Lobbyarbeit für eine flächendeckende Legalisierung von Cannabis in den USA einsetzt. Amazon unterstützte dabei vor allem zwei Gesetzesentwürfe, die neben einer Legalisierung auch die Rehabilitation bisher verurteilter Straftäter befürworten. Mit einer flächendeckenden Legalisierung würde sich Amazon als Versandhändler ein weites Vertriebsfeld eröffnen. [\[33\]](#)

Big-Brother-Award 2018

Für den Sprachassistenten Alexa erhielt Amazon im Jahr 2018 den „Big-Brother-Award“ in der Kategorie Verbraucherschutz. [\[34\]](#)

2014-2016: Amazon an deutschen Schulen

Mit dem Schulwettbewerb „Lesen macht Spaß“ hat Amazon, unter dem Vorbehalt der Förderung von Lese- und Schreibkompetenzen, Lobbyarbeit an deutschen Schulen betrieben. Der Wettbewerb fand von Dezember 2014 bis Februar 2015 statt. Dies geschah im Umkreis aller deutschen Logistik- und

Kundendienststandorte des Konzerns. Mehr als 200 Grundschulklassen haben an diesem Wettbewerb teilgenommen. Als Siegprämie wurden E-Book-Reader und Gutscheine für das Herunterladen von E-Books spendiert. Aber nicht nur die Gewinner erhielten eine Prämie. Jede teilnehmende Klasse hat einen Amazon-Gutschein im Wert von 50€ erhalten. Durch diesen Schulwettbewerb konnte Amazon unkritische Berichte in den Lokalzeitungen der verschiedenen Städte verbuchen. Viele Bürgermeister der Städte äußerten sich in Zeitungsartikeln durchweg positiv, und die Kritik an dem Konzern bezogen auf schlechte Arbeitsbedingungen und Steuerflucht rückte in den Hintergrund.

Dieser Schulwettbewerb blieb jedoch nicht der einzige. Bereits ein Jahr später, 2016, wurde diese Form des Lobbyismus unter einem neuen Namen bundesweit im Umfeld der Logistikzentren weitergeführt. Mit „Kindle Storyteller Kids“ sollte auch hier wieder die Lese- und Schreibkompetenz der Schüler gefördert werden, indem sie Geschichten schreiben.^[35] Das Bundesland Hessen hat darauf reagiert und den Wettbewerb verboten. Diesem Beispiel folgten auch die Schulministerien der Bundesländer in NRW und Baden-Württemberg. Auch Bayern und Rheinland-Pfalz stufen den Wettbewerb als kritisch ein. Lediglich das Schulministerium in Sachsen hält den Wettbewerb für unproblematisch, solange es keine reinen Hinweise auf die kommerzielle Nutzung gibt.^[36]

2013: Lobbyschlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Von besonderer Bedeutung war die Lobbyarbeit im Jahr 2013. Amazon war einer der treibenden Kräfte in der „Lobbyschlacht“, als über die Gesetzestexte der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verhandelt wurde. Der Konzern hat versucht, Europa-Abgeordnete davon zu überzeugen, hunderte von Änderungsanträgen im Interesse von Amazon einzubringen.^[37] Durch das Webportal LobbyPlag^[38] hat sich herausgestellt, dass Änderungsanträge und Passagen, die von Amazon eingebracht wurden, teilweise wortwörtlich von den Abgeordneten des Europa Parlaments übernommen wurden. Das zeigt sich zum Beispiel durch die Streichung des Artikel 7 Absatz 4 der DSGVO, die Amazon in ihrem Lobby-Papier eingebracht hat. Durch die Streichung können Unternehmen Daten verarbeiten, die sie durch ihre Überlegenheit erlangt haben. Dadurch gilt eine Einwilligung zur Datenverarbeitung, auch wenn keine Möglichkeit bestand die Zustimmung zu verweigern.^[39]

Kurzdarstellung und Geschichte

Amazon wurde 1994 als Online-Buchhandel in Seattle gegründet. Über die Jahre entwickelte sich die Plattform zu einem der führenden e-Commerce Anbieter und weitete seine Marktmacht auch über andere Bereiche aus. Zu den wichtigsten Geschäftsbereichen gehört die Cloudsparte Amazon Web Services, die von Netflix, Facebook und Zoom genutzt wird, sowie der Logistik- und Versanddienst Amazon Logistics. Seit 2016 vertreibt Amazon zudem den Amazon Echo, einen sprachgesteuerten persönlichen Assistenten Alexa, der in den USA der meistverkaufte Sprachassistent ist.

Weiterführende Informationen

- *Machtspielchen* - der Podcast von LobbyControl. "Die Macht der Digitalkonzerne" vom 23.01.2023^[1]
- Beschluss des Bundeskartellamts zur Feststellung einer überragenden marktübergreifenden Bedeutung für den Wettbewerb vom 5. Juli 2022
- Macht der Digitalkonzerne
- Die Revolution der kleinen Zahl - ausführliche Analyse der globalen Mindeststeuer in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Juli 2021
- Die Maschine Amazon

- Hat es Amazon auf die Betriebsräte abgesehen?
- Amazon

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Mit dieser Methode spart Amazon Steuern](#), deutschlandfunk.de vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
2. ↑ [2,02,12,2 Lobbyausgaben EU](#), lobbyfacts.eu vom 26.04.23, abgerufen am 20.05.23
3. ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 18.05.2023
4. ↑ [Lobbythemen von amazon.com, 2023](#), OpenSecrets, zuletzt aufgerufen am 19.05.2023
5. ↑ [5,05,1 Amazon wages secret war on Americans' privacy, documents show](#), reuters.com vom 19.11.21, abgerufen am 19.05.23
6. ↑ Alex MacGillis: Ausgeliefert - Amerika im Griff von Amazon, Frankfurt am Main 2021, S. 109
7. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Amazon](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 02.06.2023
8. ↑ [Client profile Amazon.com](#), opensecrets.org, zuletzt abgerufen am 19.05.2023
9. ↑ [9,09,1 Amazon steigert Umsatz, aber Gewinn schrumpft](#), handelsblatt.net vom 03.02.023, abgerufen am 02.06.2023
10. ↑ [Über Amazon laufen 56% der deutschen E-Commerce-Umsätze](#), onlinehändler-news.de vom 04.07.2022, abgerufen am 02.06.2023
11. ↑ [Big Tech, big Lobby](#), lobbycontrol.de vom 23.01.2020, abgerufen am 27.05.2021
12. ↑ [Ein neuer Wettbewerb für die Digitalwirtschaft Bericht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 September 2019](#), bmwi.de, abgerufen am 28.05.2021
13. ↑ [Big Tech: Rekordausgaben für Lobbyarbeit in den USA](#), lobbycontrol.de vom 27.01. 2021, abgerufen am 28.05.2021
14. ↑ [Amerika knöpft sich seine Tech-Giganten vor](#), faz.de vom 12.06.2021, abgerufen am 12.06.2021
15. ↑ [Amazon accused of unfair pricing policies by Washington DC](#), bbc.com vom 25.05.2021, abgerufen am 26.06. 2021
16. ↑ [Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft](#), hss.de vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021
17. ↑ [\[https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigung-beim-digital-markets-act-dma/\]](https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigung-beim-digital-markets-act-dma/) Frust und Freude: Einigung beim Digital Markets Act (DMA), lobbycontrol.de vom 22.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
18. ↑ [EU-Kommission begrüßt die Einigung auf Regeln für Online-Plattformen](#), bundesregierung.de vom 25.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
19. ↑ [Hat Amazon eine „überragende marktübergreifende Bedeutung?“](#), lto.de vom 28.06.2023
20. ↑ [Amazon ist zu mächtig und muss zerschlagen werden](#), lobbycontrol.de vom 07.11.2023
21. ↑ [Biden schießt scharf gegen Amazon](#), tagesschau.de vom 01.04.2021, abgerufen am 28.05.2021
22. ↑ [Mit dieser Methode spart Amazon Steuern](#), deutschlandfunk.de vom 14.05.2021, abgerufen am 05.07.2021
23. ↑ [Rückschlag im Kampf gegen Steuertricks](#), sueddeutsche.de vom 12.05.2021, abgerufen am 29.05.2021

24. ↑ Reform der internationalen Unternehmenssteuer kommt, [bundesfinanzministerium.de](https://www.bundesfinanzministerium.de) vom 10.07.2021, abgerufen am 27.07.2021
25. ↑ G 20 billigen Konzept für globale Mindeststeuer, [faz.de](https://www.faz.de) vom 30.10.2021, abgerufen am 31.10.2021
26. ↑ Internationale Besteuerung: Rat erzielt Einigung über Mindestbesteuerung der größten Unternehmen, consilium.europa.eu vom 12.12.2022, abgerufen am 18.12.2022
27. ↑ Beschluss des Bundesrates, [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de), abgerufen am 17.12.2023
28. ↑ Amazon von globaler Mindeststeuer womöglich nur teilweise betroffen, [manager-magazin.de](https://www.manager-magazin.de), abgerufen am 20.05.2023
29. ↑ Was hinter der globalen Mindeststeuer steckt, [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de), abgerufen am 20.05.2023
30. ↑ Pressemitteilung. Schlechte Arbeitsbedingungen bei Amazon: Millionenschwere Imagekampagne lobbycontrol.de, vom 30.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
31. ↑ Die Maschine Amazon correctiv.org, vom 23.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
32. ↑ Schlechte Arbeitsbedingungen: Millionenschwere Imagekampagne von Amazon lobbycontrol.de, vom 30.11.2022, abgerufen am 16.12.2022
33. ↑ Amazon setzt sich für die Legalisierung von Cannabis ein rnd.de, vom 23.09.2021, abgerufen am 20.11.2021
34. ↑ Die BigBrotherAwards 2018, [BigBrotherAwards](https://BigBrotherAwards.com), abgerufen am 03.05.2018
35. ↑ Amazon verstößt gegen Schulgesetz, [LobbyControl](https://LobbyControl.de), 19. Mai 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
36. ↑ Amazon verstößt gegen Schulgesetz, [LobbyControl](https://LobbyControl.de), 07. Juni 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
37. ↑ Amazon: lobbying to weaken data privacy rights, refusing lobby transparency, [Corporate Europe Observatory](https://CorporateEuropeObservatory.org), zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
38. ↑ Comparison of Amendments ans Lobby Proposals, [LobbyPlag](https://LobbyPlag.de), zuletzt aufgerufen am 23.04.2018
39. ↑ Bye bye Datenschutz: EU-Parlament kopiert von Amazon, ebay & Co., [Netzpolitik](https://Netzpolitik.org) vom 10.02.2013, zuletzt aufgerufen am 07.05.2018

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. [Sigmar Gabriel](#), ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt [Friedrich Merz](#) diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich
Gründungsjahr 1952
Haupstsitz Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	62
1.1 Netzwerk der Mitglieder	62
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	63
2 Fallstudien und Kritik	63
3 Organisationsstruktur und Personal	63
3.1 Geschäftsführender Vorstand	63
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	63
3.3 International Advisory Council	66
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	66
4 Kurzdarstellung und Geschichte	66
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
6 Einelnachweise	67

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchener Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten [Liste von Mitgliedern](#) waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der [Linkspartei](#) um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident Jens Weidmann^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, Mathias Döpfner^[10], Bundesinnenminister Thomas de Maizière^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist Eckart von Klaeden^[12], die CDU-Politikerin Julia Klöckner^[13] und der Grünen-Politiker Cem Özdemir^{[14][15][16]}. Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens **Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)**^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Fu
nkt Name
ion

Verbindungen

- ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender
- Trilaterale Kommission und European Council on Foreign Relations, Mitglied
- Deutsche Bank, Aufsichtsrat

Vor
sitz

en Sigmar Gabriel
der

- *International Crisis Group*, Kuratoriumsmitglied
- [Deloitte](#), Beiratsmitglied
- *Eurasia Group*, Politikberater
- Autor für die Holtzbrinck-Medien *Handelsblatt*, *Der Tagesspiegel*, *Die Zeit*

Ste
llv.
Vor [Michael Hüther](#)
sitz
en
der

- Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Direktor

Ste
llv.
Vor [Norbert Röttgen](#)
sitz
en
der

- [CDU](#), Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

Sc
hat
zm [Ute Wolf](#)
eis
teri
n
Ge
sch
äft [Julia Friedlander](#)
sfü
hre
rin

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-

Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [1]

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Andreas Dombret	Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands
Stellv. Vorsitzender	Christian Lange	SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
Stellv. Vorsitzende	Christine C. Graeff	Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

Kuratorium der Stiftung

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
Stellv. Vorsitzender	Arend Oetker	<ul style="list-style-type: none"> • Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) • Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH
	Roland Berger	<ul style="list-style-type: none"> • Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) • Honorary Chairman der Roland Berger GmbH
	Jürgen H. Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
	Jürgen R. Großmann	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE • RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
	Axel Hörger	Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands
	Hans-Ulrich Klose	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) • Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats
	Thomas Rodermann Lutz Raettig	Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Peter Wittig	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC • Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs

Weitere Mitglieder des

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: [\[18\]](#)

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- **Roland Berger**, Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des [Atlantic Council](#) of the United States, Washington, DC
- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- **Arend Oetker**, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, [Bayer](#) AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle: [\[19\]](#)

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Charman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Luer Wotjekx

(Stand: April 2020) Quelle: [\[20\]](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet. [\[21\]](#) Als Schwesterorganisation wurde der [American Council on Germany](#) (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm". [\[22\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Über uns, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010, Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020
6. ↑ Gysi stellt sich vor Liebich, Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges, abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt, Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt, Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ Mächtige Allianz, manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010, 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010, 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010, 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation, acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges, abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ Jahresbericht 2012, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ American-German Young Leaders Conference, Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

Bruegel

Bruegel

Bruegel (Brussels European and Global Economic Laboratory) ist eine Denkfabrik, die von Großkonzernen sowie von Regierungen und Zentralbanken/staatlichen Finanzinstituten mehrerer EU-Länder getragen wird. Bruegel beschäftigt sich mit der Erarbeitung von Konzepten zur internationalen - insbesondere europäischen - Wirtschaftspolitik. Die Mitwirkung in Bruegel bietet für die beteiligten Konzernvertreter darüber hinaus die Möglichkeit, Regierungsvertreter im Sinne ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für marktmächtige Unternehmen informell zu beeinflussen.

Bruegel

Rechtsf AISBL, internationale Vereinigung ohne
orm Gewinnerzielungsabsicht nach
belgischem Recht
Tätigke Denkfabrik und Lobbyorganisation
itsberei
ch
Gründu 2004
ngsdat
um
Hauptsi Rue de la Charité 33, 1210 Brussels
tz /Belgien
Lobbyb
üro
Lobbyb
üro EU
Webadr www.bruegel.org
esse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	68
2 Organisationsstruktur und Personal	69
2.1 Mitglieder	69
2.2 Direktor	69
2.3 Board/ Verwaltungsrat	70
2.4 Erkki Liikanen (Vorsitzender)	70
2.5 Agnès Bénassy-Quéré	70
2.6 Jörg Kukies	70
2.7 Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council	70
3 Finanzen	71
4 Lobbystrategien und Einfluss	71
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	71
6 Einelnachweise	71

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Idee, eine Denkfabrik unter Beteiligung von Großkonzernen, Regierungen von EU-Mitgliedstaaten und Institutionen von EU-Mitgliedstaaten (Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) zu gründen, entstand Ende 2002 im Rahmen von privaten Treffen von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmensführern. Die Idee wurde dann von den Regierungen Schröder und Chirac aufgegriffen und fand Eingang in die gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 2003, die unter Punkt 30 eine europäische Initiative mit dem Ziel, ein Europäisches Zentrum für Internationale Wirtschaft zu schaffen, vorsieht. Eine Projektgruppe erarbeitete in der Folge mit Unterstützung durch französische und deutsche Ministerien ein Konzept. Im Dezember 2004 wurde von Vertretern von 12 europäischen Regierungen und 17 führenden europäischen Konzernen der erste Verwaltungsrat gewählt und eine Anschubfinanzierung in Höhe von 5 Millionen Euro beschlossen.

Quelle: [\[1\]](#)

2012 waren 17 Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten, 24 international tätige Konzerne und 6 Institutionen (europäische Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) Mitglieder von Bruegel.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Regierungen:

- Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Polen, Slowakei, Spanien, Niederlande, Schweden, Großbritannien

Unternehmen:

- Zu den 24 Unternehmen gehören u.a.: [Deutsche Bank](#), [Deutsche Telekom](#), [Goldman Sachs](#), [Google](#), [ebay](#), [Microsoft](#), [Morgan Stanley](#), [Shell](#), [Standard & Poor's](#) und die [UBS](#)

Institutionen:

- Banque de France (französische Zentralbank), Groupe Caisse des Dépôts, Danmarks Nationalbank (dänische Zentralbank), [European Bank for Reconstruction and Development](#) (EBRD, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), National Bank of Poland (polnische Zentralbank)

Quelle: [\[2\]](#)

Direktor

- Direktor von Bruegel war [Guntram Wolff](#) bis September 2022.[\[3\]](#) Sein Nachfolger ist Jeromin Zettelmeyer.

Board/ Verwaltungsrat

Erkki

- Liikanen** • Juli 2004 bis Juli 2018 Gouverneur der Bank von Finnland.
**(Vorsitzen
der)** • 1995 bis 2004 war er EU-Kommissar
-

Agnès
Bénassy-
Quéré

- Mitglied der Commission Economique de la Nation ,der französischen makroprudanziellen Behörde und des Verwaltungsrats der Banque de France.

José Manuel
González-
Páramo

- Von 1985 bis 1994 war er als Wirtschaftsberater für verschiedene öffentliche und private Institutionen tätig, unter anderem für die Banco de España (1989-1994), die Europäische Kommission, den IWF und die Weltbankgruppe.
- von 2004 bis 2012 Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB)

Jörg Kukies

- seit 2018 als Staatssekretär für Finanzmarkt- und Europapolitik im Bundesministerium der Finanzen
- von 2014 bis 2018 Co-Chief Executive Officer der Goldman Sachs AG und Managing Director der Frankfurter Niederlassung von Goldman Sachs International

Weitere Mitglieder:

Karolina Ekholm, Janis Rachel Lomax, Monika Marcinkowska, Isabelle Mateos y Lago, Simone Mori, Elena Pisonero, Alessandro Rivera

(Stand: November 2022) Quelle: [\[4\]](#)

Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council

Arnoud Boot
(Vorsitzender)

- Co-Direktor des Amsterdam Center for Law & Economics (ACLE)
- Leiter des Amsterdam Center for Corporate Finance (ACCF)

Weitere Mitglieder:

Elena Carletti, Meredith A. Crowley, Monica de Bolle, [Justus Haucap](#)

(Stand: November 2022) Quelle: [\[5\]](#)

Finanzen

Laut [Transparenzregister](#) 2021 lag das Budget bei knapp 5,5 Mio. Euro. Bruegel finanziert sich hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge. Unternehmen zahlen einen Jahresbeitrag von 50.000 €. Die Beiträge der Regierungen sind abhängig von der jeweiligen Landesgröße. Nach eigenen Angaben trägt kein Mitglied mehr als 3-5% zum jährlichen Budget bei. Fast ein Viertel des Jahresbudgets (mehr als 800,000€) entfällt auf die Unternehmensbeiträge.

Lobbystrategien und Einfluss

Bruegel gehört zu den einflussreichsten Think Tanks weltweit. Think Tank Watch benennt den Einfluss von Bruegel für das Jahr 2019 folgendermaßen:^[6]

- Platz 1 Top Think Tanks World Wide (Non-US)
- Platz 2 Top Think Tanks in World Wide (US and Non-US)
- Platz 1 Top Think Tanks in Western Europe
- Platz 1 International Economics Policy Think Tanks

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [History and name](#), Website bruegel, abgerufen am 26. Mai 2013
2. ↑ [Webseite Bruegel - Membership](#) abgerufen am 02.11.2022
3. ↑ [Staff Bruegel](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
4. ↑ [Bruegel board](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
5. ↑ [Bruegel's Scientific Council](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
6. ↑ [Think Tank Watch](#), abgerufen am 02.11.2022

Bundesverband Alternative Investments

**Bundesverband Alternative Investments
(BAI)**

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung für Alternative Investments in Deutschland
Gründungsdatum 1977

**Bundesverband Alternative Investments
(BAI)**

Hauptsitz Poppelsdorfer Allee 106, 53115
Bonn

Lobbybür

o

Lobbybür <text>

o EU

Webadres www.bvai.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	72
2 Organisationsstruktur und Personal	73
2.1 Geschäftsführer	73
2.2 Vorstand	73
2.3 Investorenbeirat	73
2.4 Mitglieder	73
2.5 Kooperationspartner	74
3 Finanzen	74
4 Lobbystrategien und Einfluss	74
5 Fallstudien und Kritik	74
6 Weiterführende Informationen	74
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	74
8 Einelnachweise	74

Kurzdarstellung und Geschichte

Der 1997 gegründete **Bundesverband Alternative Investments e.V.** (BAI) ist die Interessenvertretung für Alternative Investments in Deutschland. Unter Alternative Investments (AI) versteht der BAI die Investition in nicht traditionelle Anlageklassen (außerhalb von Aktien oder Anleihen) oder die Investition in diese Anlageklassen unter Zuhilfenahme nicht traditioneller Strategien. Als Beispiele werden genannt: Hedgefonds, Private Equity (von Privatanlegern beschafftes Beteiligungskapital), Infrastrukturinvestments, Real Estate (Immobilieninvestments) und Commodities (Rohstoffinvestments). Weitere Merkmale von Alternative Investments sind: Überdurchschnittliches Renditepotential, ggf. geringere Liquidität, ggf. geringere Transparenz, Einsatz von Hebeln und Derivaten, Renditen häufig nicht normalverteilt, komplexe Performance- und Risikobemessung.

Der BAI vertritt die Interessen der Branche sowie deutscher Investoren gegenüber Politik und Regulatoren. Er wirkt an zahlreichen Gesetzgebungsvorhaben mit, nimmt an Anhörungen als Sachverständiger teil und hat Kontakt mit den einschlägigen Aufsichtsgremien wie **BaFin**, **Deutsche Bundesbank**, Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (**ESMA**), Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (**EIOPA**) und Internationale Organisation der Wertaufsichtsbehörden (**IOSCO**).

Ein Thema der Lobbyarbeit ist die Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Richtlinie) und deren Implementierung. Der BAI versuchte in diesem Zusammenhang im März 2013 zu verhindern, dass im AIFM-Umsetzungsgesetz Privatanleger aus Hedgefonds ausgesperrt werden, um sie vor Verlusten zu schützen. [\[1\]](#)

Die BAI Alternative Investor Conference (AIC) mit rund 350 Teilnehmer findet jährlich im Mai statt.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

Geschäftsführer ist

- Frank Dornseifer
 - Sachverständiger im Finanzausschuss des Bundestags und im Europaparlament
 - ehem. stellv. Referatsleiter bei der **BaFin** und Repräsentant im Investment Management Committee der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (**IOSCO**)

Vorstand

Der Vorstand ist [hier](#) abrufbar. Gründer und erster Vorsitzender ist

- Achim Pütz
 - Rechtsanwalt, Partner bei Dechert LLP
 - langjähriges Ratsmitglied der **Alternative Investment Management Association (AIMA)**

Investorenbeirat

Über den Investorenbeirat werden Investoren in die Verbandsarbeit einbezogen, auch als Fürsprecher für Al-Themen gegenüber Politik, Aufsicht und Medien

Mitglieder sind:

- Andreas Binder, Abteilungsleiter Alternative Investments, WAVE Management AG
- Stefan Hentschel, Head of Pension Asset Management, Evonik Industries AG
- Dajana Brodman, Abteilungsleiterin Alternative Investments, Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereinigten Buchprüfer im Lande NRW
- Rainer Müller, Senior Manager Asset Management & Capital Markets, Robert Bosch GmbH
- Anselm Wagner, Abteilungsleiter Alternative Investments und Aktien, Bayerische Versorgungskammer

Mitglieder

Die 137 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Kooperationspartner

Kooperationspartner sind u.a.:

- 2n20 (Finanzdienstleister für die Hedgefonds-Industrie)
- AIMF Federation Austria
- **Alternative Investment Management Association** (AIMA) (weltweite Interessenvertretung der Hedgefonds-Industrie)
- Swiss Fund & Asset Management Association (SFAMA)

Finanzen

Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden

Lobbystrategien und Einfluss

Fallstudien und Kritik

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Abstimmung im Bundestag Fondslobby gegen stärkere Regulierung, Wirtschaftswoche vom 11. März 2013](#), abgerufen am 18. 05. 2015

Bundesverband Investment und Asset Management

Der **Bundesverband Investment und Asset Management e.V.** (BVI) vertritt die Interessen von 117 Fondsgesellschaften und Assetmanagern (Vermögensverwaltern) mit rund 4 Billionen Euro Anlagekapital gegenüber Politik, Aufsichtsbehörden und internationalen Organisationen.^[1]

Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Rechtsform e.V. (VR 5826)
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Fondswirtschaft
Gründungsdatum 25.03.1970

Fondsgesellschaften sind Unternehmen, die Investmentfonds auflegen und verwalten. Bei der Entstehung und Anwendung neuer rechtlicher Vorgaben vermittelt und berät der BVI als zentraler Ansprechpartner zwischen der Fondswirtschaft und der Politik. [2] Die Lobbyausgaben lagen 2022 bei ca. 2,4 Mio. Euro.

Finanzlobby



- Finanzlobby A-Z

Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Hauptsitz Bockenheimer Anlage 15, 60332 Frankfurt/M.

Lobbybüro

Lobbybüro Rue Belliard 15 - 17, 1040 Brüssel EU

Webadress www.bvi.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	75
1.1 Aktivitäten	75
1.2 Wichtige Studien	76
1.3 Lobbyisten und Lobbyausgaben	76
1.4 Personen	77
1.5 Mitgliedschaften	77
2 Organisationsstruktur und Personal	77
2.1 Geschäftsführung	77
2.2 Beschäftigte	77
2.3 Vorstand	77
2.4 Mitglieder	77
2.5 Ausschüsse	78
3 Fallbeispiele	78
3.1 2022: Provisionsverbot für Finanzprodukte	78
3.2 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer:	79
3.3 2004: Investmentmodernisierungsgesetz	79
4 Lobbyisten in Ministerien	79
5 Weiterführende Informationen	80
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	80
7 Einelnachweise	80

Lobbystrategie und Einfluss

Aktivitäten

Der BVI hat seine Aktivitäten im [Lobbyregister](#) wie folgt beschrieben: „Wir organisieren die Willensbildung der Branche - gleich, ob die Mitglieder in Wertpapiere oder Sachwerte investieren, aktive oder passive Strategien verfolgen, auf Administration oder Portfoliomanagement spezialisiert sind, institutionelle oder private Anleger ansprechen... Wir begleiten ein Gesetz von der politischen Idee bis zu seiner

Verabschiedung und später in seiner praktischen Anwendung. An sämtlichen politischen und legislativen Stationen eines Gesetzes wirken wir auf dessen praxisgerechte Ausgestaltung hin. Mit Stellungnahmen, Namensbeiträgen, Interviews, Auftritten auf öffentlichen Fachveranstaltungen und Konferenzen flankieren wir unsere Argumentation. Wir unterstützen unsere Mitglieder bei Anwendungs- und Auslegungsfragen, entwickeln Arbeitshilfen und Muster, stellen eine umfassende Gesamtmarktstatistik bereit und fördern die Weiterbildung über hauseigene Seminare, Webinare und Informationsveranstaltungen.“ Der BVI bietet jährlich ca. 60 Veranstaltungen zu aktuellem Themen an.^[3] Das Spektrum reicht von Grundlagen-Seminaren bis zu speziellen technischen Seminaren und Workshops. Die Referenten sind Beschäftigte des BVI sowie Spezialisten aus der Branche und der Verwaltung. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Themen sind: Altersvorsorge, Provisionsberatung, Nachhaltigkeit, Finanzmarktdaten, Infrastruktur, das EU-Projekt [Open Finance](#), Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung und Cybersicherheit sowie Kryptofonds.

Das Brüsseler Büro mit seinen vier Beschäftigten sowie Mitarbeiter:innen aus Deutschland wirken an der Begleitung von Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene mit. Im [EU Transparenzregister](#) hat der BVI angegeben, sich für die folgenden Initiativen/Legislativvorschläge zu interessieren: Markets in Financial Instruments Directive (MiFID II), Markets in Financial Instruments Regulation (MiFIR), Alternative Investment Fund Managers Directive (AIFMD), Undertakings for the Collective Investment of Transferable Securities (UCITS Directive), Packaged Retail and Insurance-based Investment Products (PRIIPs Regulation) , Sustainable Finance Regulation Package (Taxonomy, Disclosures, Low-Carbon Benchmarks), Markets in Cryptoassets (MiCA), Digital Operational Resilience (DORA), Distributed Ledger Technology (DLT), Digital Finance, Open Finance (FIDA), Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), European Green Bond Standard (EuGBS), ESG Ratings, Market Data Costs, European Single Access Point (ESAP), European Long-Term Investment Funds (ELTIF), Central Securities Depositories Regulation (CSDR), Insurance Distribution Directive (IDD), Benchmarks (Regulation), Money Market Funds (Regulation), Shareholder Rights Directive (SRD II) , Financial Transaction Tax (Directive), Pan-European Personal Pension Product (Regulation), ESA review, Capital Requirements Directive (CRD V), Capital Requirements Regulation (CRR II), Anti Money Laundering (Regulation), European Market Infrastructure Regulation (EMIR), Cross-border Distribution of Funds (CBDF), Investment Firm Regulation/Directive (IFR/D), Market Abuse Regulation, Securitisations (Regulation), Prospectus (Regulation), EMIR Euro-clearing relocation. Es gab 27 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission.^[4]

Wichtige Studien

- 2022: Eine [Studie](#) der Beratungsgesellschaft [KPMG](#) im Auftrag von BVI, [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) und Deutscher Derivateverband (neue Bezeichnung: [Bundesverband für strukturierte Wertpapiere](#)) zu einem geplanten Provisionsverbot der EU-Kommission zeigt die Vorteile der Provisionsberatung^[5]

Lobbyisten und Lobbyausgaben

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVI an (Stand: 20.09.2023)

- im Jahr 2022 2.420.001 bis 2.430.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[6]

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVI eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2022 zwischen 1.500.000 und 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 23 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,3) angegeben.^[7]

Personen

- Christoph Swoboda, Leiter des Brüsseler Büros
- Kai Schulze, Leiter des Berliner Büros

Mitgliedschaften

Der BIV ist Mitglied folgender Organisationen:

- The International Investment Funds Association (IIFA)
- International Token Standardization Association
- European Fund and Asset Management Association (EFAMA)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Geschäftsführer sind:

- [Thomas Richter](#), Rechtsanwalt, Investmentanalyst
 - Mitglied des Verwaltungsrats der BaFin, Mitglied im Beirat Marktbeobachtung Finanzen des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Mitglied in der [Fokusgruppe private Altersvorsorge](#)
 - Vorstand des europäischen Fondsverbands EFAMA und des Weltfondsverbands IIFA,
- Rudolf Siebel, Rechtsanwalt, Mitglied im Fachbeirat der BaFin

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte der BVI durchschnittlich 48 Mitarbeiter^[8]

Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsident ist Dirk Degenhardt, Deka Vermögensmanangement

Mitglieder

Vollmitglieder können alle Kapitalverwaltungsgesellschaften sowie deutsche und ausländische Vermögensverwalter und Fondsanbieter mit Bezug zum deutschen Markt werden. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Gemessen am verwalteten Vermögen decken die 117 Mitglieder (Stand: 09/2023) über 95 % des deutschen Fondsmarkts ab.^[9]

Unternehmen, die nicht Vollmitglied werden können, wird eine Informationsmitgliedschaft angeboten. Diese Möglichkeit nutzen zum Beispiel Kreditinstitute, Berater, Kanzleien und IT-Dienstleister. Die Informationsmitglieder sind [hier](#) abrufbar

Ausschüsse

In den neun [Ausschüssen](#) erarbeiten die Vollmitglieder Branchenpositionen zu Fachthemen. Die Teilnehmer werden für zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Es gibt die folgenden Ausschüsse: Altersvorsorge, Digitalisierung, Immobilien, Kommunikation, Nachhaltigkeit, Recht, Risikomanagement & Performance, Steuern, Vertrieb.

Fallbeispiele

2022: Provisionsverbot für Finanzprodukte

Die EU-Kommission und die Verbraucherzentralen fordern seit Jahren ein Provisionsverbot für Finanzprodukte, um Fehlanreize in der Finanzberatung zu verhindern. Gefordert wird, dass Berater:innen ausschließlich im Auftrag und Interesse der Verbraucher:innen handeln. Nach Auffassung der Verbraucherzentralen wollen Bankenvertreter und Versicherungsvertreter Verbraucher:innen häufig nur neue Finanzprodukte verkaufen.^[10] Es gehe ihnen eher darum, Provisionen zu kassieren statt bedarfsgerecht zu beraten. Verbände von Banken und Versicherern, die die Provisionen kassieren, lobbieren wochenlang gegen das geplante Provisionsverbot.^[11] Nach einer Studie von Professor Steffen Sebastian kostet der provisionsbasierte Verkauf die Sparer in Deutschland pro Jahr 98 Milliarden Euro.^[12] Nicht allein wegen der Provisionen, sondern auch, weil sie in schlechtere Produkte investieren, was die Verbände wiederum zurückweisen. Im Jahr 2021 kassierte allein die [Deutsche Vermögensberatung](#) (DAG) über 2,2 Mrd. Euro an Verkaufsprovisionen.^[13]

Der BVI hat gemeinsam mit der [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) sowie dem Deutschen Derivate Verband (neue Bezeichnung: [Bundesverband für strukturierte Wertpapiere](#)) eine Studie bei der Beratungsgesellschaft [KPMG](#) in Auftrag gegeben. Die Studie vom November 2022 kommt zu dem Ergebnis, dass die Provisionsberatung allen Teilen der Bevölkerung einen professionellen Vermögensaufbau und die Teilhabe am Kapitalmarkt sichert.^[14] Vor allem Verbraucher mit geringen und mittleren Anlagebeträgen würden durch die Honorarberatung von der Beratung abgeschnitten, da sie zu teuer wäre, was von den Verbraucherverbänden bestritten wird.^[15]

Nach wochenlangem Lobbyieren von Banken- und Versicherungsverbänden^[16], die sich argumentativ auf die Ergebnisse der Studie stützten, hat die EU-Kommission entgegen ursprünglicher Pläne im Mai 2023 eine Strategie vorgelegt, die nur ein teilweises Provisionsverbot vorsieht.^[17] Beim Vertrieb von Fonds und Lebensversicherungen sollen Provisionen weiterhin möglich bleiben. Auch Bundesfinanzminister Lindner hatte sich in einem Brief an die EU-Kommission gegen ein Provisionsverbot ausgesprochen.^[18] Der BVI kündigte an, sich im weiteren Verfahren gegen das Provisionsverbot im beratungsfreien Vertrieb einzusetzen, ebenso wie gegen übertriebene neue Anforderungen an die Beratung.^[19]

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer:

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[20] Die Finanzlobby stimmte sich gegen dieses Vorhaben.^[21]

Der Bundesverband Investment und Asset Management trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. Der BVI mahnte, dass besonders Unternehmen der Realwirtschaft, Investor:innen mit Sitz in Deutschland und Bürger*innen, die privat fürs Alter vorsorgen, von der Steuer betroffen wären. Sparer:innen, die ihr Geld in Riester-Fonds zur Altersvorsorge einzahlen, würden mit Steuern von bis zu 14.000 Euro belastet, so der Lobby-Verband.^[22] Allerdings zeigten Berechnungen von Wissenschaftler*innen schon damals, dass Fondsgebühren und Bankprovisionen die Anleger*innen um ein Vielfaches mehr kosteten als die vorgeschlagene Steuer.^[23]

Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Deutsches Aktieninstitut](#), [Bayer](#), [Siemens](#), u. A.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[24]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[25][26][27][28][29]}

2004: Investmentmodernisierungsgesetz

Das Investmentmodernisierungsgesetz ermöglichte den Marktzugang für Hedge Fonds in Deutschland ab dem Jahr 2004, stellte ausländische Fonds mit inländischen steuerlich gleich und schaffte die Besteuerung^[1] des Zwischengewinns ab. Vor dem Wegfall der Besteuerung auf Zwischengewinne, musst der Wertzuwachs bei Fondsanteilen, die über ein Jahr gehalten und zwischen zwei jährlichen Gewinnausschüttungen verkauft wurden, zusätzlich versteuert werden.^[30]

Stefan Seip, damaliger Hauptgeschäftsführer des BVI, bestätigte zwar die Mitarbeit der zeitweise im Bundesfinanzministerium tätigen BVI-Juristin, stritt aber eine konkrete Einflussnahme seines Verbandes auf den Gesetzestext ab.^[31] Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums verteidigte der *taz* gegenüber dieses Vorgehen und relativierte den Einfluss der Referenten.^[30]

Lobbyisten in Ministerien

Der BVI arbeitete zusammen mit anderen Vertretern der **Kreditwirtschaft** im Finanzministerium am Investmentförderungsgesetz, wie der Report Mainz heraus fand.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	Januar bis August 2003 ^[32]
----------	--

Mitarbeiter	hauseigene Juristin ^[33]
Bearbeitete Themen	Mitarbeit am Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Zwischensteuer bei Investmentfonds und Einführung von Privatanlagentmöglichkeiten in Hedge Fonds (Investmentmodernisierungsgesetz) ^[30] ; Mitarbeit in der Abteilung „Nationale und Internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik“

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Über uns](#), bvi.de, abgerufen am 23.09.2023
2. ↑ [Eintrag Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 24.09.2023
3. ↑ [Events](#), bvi.de, abgerufen am 24.09.2023
4. ↑ [BVI 2022](#), lobbyfacts.de, abgerufen am 24.09.2023
5. ↑ [Studie zeigt Vorteile der Provisionsberatung](#), bvi.de, abgerufen am 25.09.2023
6. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 24.09.2023
7. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 24.09.2023
8. ↑ [Prüfung des Jahresabschlusses](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.09.2023
9. ↑ [Unsere Mitglieder](#), bvi.de, abgerufen am 23.09.2023
10. ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023
11. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten](#), 09.12.2022, finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
12. ↑ [Die Bankenlobby hat gesiegt](#), sueddeutsche.de vom 02.05.2023, abgerufen am 05.06.2023
13. ↑ [Allfinanzvertriebe 2022](#), cash.online.de, abgerufen am 05.06.2023
14. ↑ [KPMG-Studie: Provisionsverbot würde breite Bevölkerungskreise von Finanzberatung ausschließen](#), die-dk.de vom 17.11.2021
15. ↑ [Warum Provisionen in der Finanzberatung ein Problem sind](#), verbraucherzentrale-bawue.de vom 16.05.2023

16. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022](#), finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
17. ↑ [EU-Provisionsverbot gescheitert - Verbraucher:innen haben das Nachsehen](#), vzbv.de vom 24.05.2023
18. ↑ [Finanzminister Lindner warnt EU vor Provisionsverbot](#), handelsblatt.de vom 15.01.2023, abgerufen am 05.06.2023
19. ↑ [Verbot der Provisionsberatung kommt vorest nicht](#), bvi.de, abgerufen am 26.09.2023
20. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
21. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
22. ↑ [BVI: Finanztransaktionssteuer belastet Fondssparer](#), fondsprofessionell online vom 12.01.2012, abgerufen am 16.11.2023
23. ↑ [Dr. Carsten Siegel zur Finanztransaktionssteuer](#), steuermythen.de vom 04.10.2016, abgerufen am 16.11.23
24. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
25. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
26. ↑ "Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten", Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
27. ↑ "Die Finanztransaktionssteuer muss kommen", Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
28. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
29. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
30. ↑ [30,030,130,2 Die Nähe zwischen Ministerium und Lobby](#), taz.de vom 16.10.2003, letzter Zugriff 15.09.2011
31. ↑ [Bankenlobby im Hause Eichel: Wie im Finanzministerium Banker an Gesetzen mitschreiben](#), Report Mainz vom 06.10.2003, S. 4. Das Manuskript zum Beitrag kann unter report@swr.de mit Angabe des Titels und Datums angefordert werden
32. ↑ Adamek, Sascha/ Otto,Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln
33. ↑ [Bankenlobby im Hause Eichel: Wie im Finanzministerium Banker an Gesetzen mitschreiben](#), Report Mainz vom 06.10.2003. Das Manuskript zum Beitrag kann unter report@swr.de mit Angabe des Titels und Datums angefordert werden

Eurofi

Die im Jahr 2000 gegründete **Eurofi** ist eine Denkfabrik, die als Lobbyorganisation für ca. 100 große europäische und internationale Finanzdienstleister agiert. Sie nimmt insbesondere auf die Regulierung der Finanzmärkte Einfluss. Auf ihrer Webseite bezeichnet sich Eurofi als Plattform für den Austausch zwischen der Finanzdienstleistungsbranche und der EU und internationalen Behörden. Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben im Jahr 2023 zwischen 5 und 5,5 Mio. Euro.

Eurofi

Rechtsfo

rm

Tätigkeit Denkfabrik und Lobbyorganisation

sbereich großer europäischer
Finanzdienstleister

Gründun 2000

gsdatum

Hauptsit Rue de Miromesnil, 75008 Paris

z

Präsident von Eurofi ist [David Wright](#), Partner der Unternehmensberatung [FLINT-GLOBAL](#) in London, ehem. Generaldirektor der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO).

Eurofi**Lobbybü****ro****Lobbybü** Rue Charles Martel 54, Brüssel
ro EU**Webadre** www.eurofi.net**sse****Inhaltsverzeichnis**

1 Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung	82
2 Publikationen	83
3 Organisationsstruktur und Personal	83
3.1 Mitglieder	83
3.2 Team	83
4 Finanzen	83
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	83
6 Einelnachweise	83

Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung

Die wichtigsten Eurofi-Veranstaltungen sind [\[1\]](#):

- das High Level Seminar im April
- das Financial Forum im Oktober

In den letzten Jahren haben im Durchschnitt über 900 Vertreter der Finanzwirtschaft, Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft an den Veranstaltungen teilgenommen. [\[2\]](#) Diese finden kurz vor den informellen Treffen der Finanzminister der EU (Ecofin) statt. Ähnliche Veranstaltungen wurden parallel zu den G20-Gipfeltreffen organisiert. Die Veranstaltungen verschaffen den Eurofi-Mitgliedern einen privilegierten Zugang zu wichtigen staatlichen Entscheidungsträgern und Vertretern von Aufsichtsbehörden und schaffen den organisatorischen Rahmen für informelle Netzwerke zwischen der Finanzwirtschaft und EU-Institutionen (Kommission, Parlament, Zentralbank und sonstige Einrichtungen). Die Interessenbereiche sind Bank- und Finanzdienstleistungen, Betrugsbekämpfung, Haushalt, Umweltschutz und Wettbewerb. [\[3\]](#)

Referenten auf dem [Budapest Financial Forum September 2024](#) waren Vertreter:innen der folgenden europäischen und internationalen Institutionen: Finanzministerien, Wirtschaftsministerien, Europäische Kommission, OECD, Internationaler Währungsfonds (IWF), Zentralbanken, Finanzaufsichtsbehörden, Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), Single Resolution Board (SRB), Single Supervisory Mechanism (SSM), European Systemic Risk Board (ESRB) und Ausschüsse des Europäischen Parlaments. Hinzu kommen Repräsentant:innen von Unternehmen und Verbänden der Finanzwirtschaft sowie Lobby-Agenturen.

Das [2024 Eurofi High Level Seminar](#) ist in Zusammenarbeit mit der belgischen EU Ratspräsidentschaft organisiert worden. Ein Seminarthema war „Private risk sharing and transfer: main stakes, regulatory priorities and role for securitization“. Geleitet wurde es vom niederländischen EU-Abgeordneten Paul Tang (Partij van der Arbeit), Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, bis 07/2024 Vorsitzender des Unterausschusses für Steuerfragen. Referenten von Aufsichtsbehörden waren: Fausto Parente, Executive

Director - European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA), Jon Rellen, Director of Infrastructure & Exchanges - Financial Conduct Authority (FCA), Rupert Schaefer, Chief Executive Director Strategy, Policy and Control - Bafin. Referenten aus der Industrie waren: Cecil Nagel, Global Head of Corporate Trust - BNY Mellon, Vincent Remay, Advisor to the Chairman - Tradition. Als Experte referierte Alexander Batchvarov, Managing Director and Head of International Structured Finance Research - Bank of America Merryl Lynch.

Publikationen

Zu den Publikationen gehören:

- Regulatory Update
- Scoreboards (Update zur Geldpolitik in der EU und den OECD-Ländern)
- Views Magazine (Beiträge von Teilnehmern der Eurofi-Veranstaltungen)
- Conference Summaries (Ausführliche Zusammenfassungen der Diskussionen und Reden, die im Rahmen von Eurofi-Veranstaltungen gehalten wurden)

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder sind führende europäische und internationale Institutionen aus verschiedenen Bereichen der Finanzindustrie (Banken, Versicherungen, Handel mit Derivaten, Vermögensverwaltung, Dienstleister usw.).

Die ca. 100 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören z.B.: [Allianz](#), [Deutsche Bank](#), Sparkassen-Finanzgruppe, [Goldman Sachs](#), [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#), [Moody's](#) Investor Service, NASDAQ, [UBS](#)

Team

- [David Wright](#) (Präsident), Partner der Unternehmensberatung [FLINT-GLOBAL](#) in London, ehem. Generaldirektor der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO)
- Didier Cahen (Generalsekretär)

Finanzen

Die Aktivitäten von Eurofi werden über Mitgliedsbeiträge und das Sponsoring von Veranstaltungen finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024
2. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024

3. ↑ Eurofi im EU Transparenzregister, transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024

European Parliamentary Financial Services Forum

Das **European Parliamentary Financial Services Forum** (EPFSF) ist eine nicht registrierte [Intergroup](#), die sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft zusammensetzt. Über das von der Finanzwirtschaft betriebene Forum werden Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft von EU-Parlamentariern organisiert, auf denen Lobbyisten die Gelegenheit erhalten, Mitgliedern des Parlaments und der EU-Kommission ihre Sicht der Finanzmarktregulierung darzulegen.

European Parliamentary Financial Services Forum



Rechtsform Association sans but lucratif (asbl)

Tätigkeitsbereich Wirtschaft und Finanzen, Europäischer Binnenmarkt

Gründungsdatum 2000

Hauptsitz Schuman Rond Point 2, 1040 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.epfsf.org

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	84
2 Akteure	85
2.1 Finanzindustrie („Financial Industry Members“)	85
2.2 Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")	85
3 Beobachter ("Observer")	85
4 Finanzen	85
5 Beschäftigte	86
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	86
7 Einelnachweise	86

Aktivitäten

Die von der europäischen Finanzwirtschaft unter Einschaltung des Lobbyisten John Houston^{[1][2]} gegründete und finanzierte Organisation ist eine Plattform für den Meinungsaustausch zwischen Angehörigen europäischer Institutionen und Vertretern der Finanzwirtschaft. Gegen die Zahlung eines Jahresmitgliedbeitrags in Höhe von 8.000 Euro oder eines Beitrags von 200 Euro pro Veranstaltung erhalten die Vertreter der Wirtschaft im Rahmen einer einhalbstündiger Veranstaltungen Zugang zu EU-Parlamentariern, die mit finanzwirtschaftlichen Themen befasst sind.

Bei den Veranstaltungen, die in den Räumen des Europäischen Parlaments stattfinden, handelt es sich um "lunch events", "breakfast events", Fortbildungen für die Assistenten von EU-Parlamentariern und Sonderveranstaltungen. Teilnehmer sind neben EU-Parlamentariern auch Gastredner der Finanzwirtschaft und Vertreter der EU-Kommission. Dies verschafft den Lobbyisten der Mitgliedsunternehmen und -verbände privilegierte Informations- und Einflussmöglichkeiten im Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte. Auch erhält ihre Tätigkeit über die Einbindung von EU-Abgeordneten einen offiziösen Anstrich. Ein Beispiel für eine Veranstaltung ist die Virtual Winter Conference 2021 „Shaping the Future Europe“ mit folgenden Rednern: Mairead McGuinness, European Commissioner for Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union, Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Steuerungsgruppe des EPFSF, Joao Nuno Mendez, Secretary of State of Finance, Portuguese Presidency.^[3]

Akteure

Die Rechte und Pflichten der Akteure sind in der [Satzung](#) festgelegt.

Finanzindustrie („Financial Industry Members“)

Bei den [Mitgliedern](#) handelt es sich um Unternehmen und Verbände der europäischen Finanzwirtschaft sowie [Deloitte](#) und [PricewaterhouseCoopers](#). Sie entrichten einen Jahresbeitrag von 8.000 Euro (2021). Vorsitzender ist Wim Mijs, European Banking Federation (EBF), Stellv. Vorsitzender ist Rainer Riess, Federation of European Securities Exchanges (FESE).^[4] Die Mitglieder wählen das "Financial Industry Committee", das Vorschläge für das Veranstaltungsprogramm macht, Referenten einlädt, Entwürfe für die „Briefing Papers“ erarbeitet und die Höhe der Mitgliedsbeiträge festlegt.^[5] Weiterhin wählen sie das „Administrative Committee“, das sich um die Verwaltung kümmert.

Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")

Die sich beteiligenden 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments wählten die 14 [Mitglieder](#) der Steuerungsgruppe („Steering Committee“) für den Zeitraum 2019 - 2024. Die Steuerung bezieht sich auf die Rolle des Forums und das Veranstaltungsprogramm. Vorsitzender ist Othmar Karas (Österreich/EPP). Deutsche Mitglieder sind: Stefan Berger (CDU/EPP), [Markus Ferber](#) (CSU/EPP) und [Andreas Schwab](#) (CDU /EPP).

Beobachter ("Observer")

Nach eigenen Angaben soll die Einladung von fünf Verbraucherschutzorganisationen eine transparente und ausgewogene Diskussion ermöglichen. Eingeladen werden: The European Consumers' Organisation (BEUC), The European Federation of Financial Services Users (Better Finance), Finance Watch, Financial Services User Group (FSUG) The European Association for Craft, Small and Medium-sized Enterprises (UEAPME).

Finanzen

Das Gesamtbudget des EPFSF betrug für das Geschäftsjahr 2019 ca. 194 Tsd. Euro. Der ganz überwiegende Teil wurde durch Mitgliedsbeiträge à 8.000 pro Person finanziert. Darüber hinaus wurden 2.000 Euro über Zinsen und 800 Euro über Teilnahmegebühren von Nicht-Mitgliedern erwirtschaftet.^[6]

Beschäftigte

2023 beschäftigte das Forum 4 Personen (3,5 Vollzeitäquivalent).^[7]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Lobbying under the radar](#) Corporate Europe Observatory, 24. Mai 2011, zuletzt abgerufen am 15.7.2016
2. ↑ [Speaker Biographies, The 10th Annual European Financial Services Conference](#), Webseite abgerufen am 05. 01. 2014
3. ↑ [Past events](#), epfsf.org, abgerufen am 13.04.2021
4. ↑ [Frequently Asked Questions](#), epfsf.org, abgerufen am 08.04.2021
5. ↑ [Financial Industry Members](#), epfsf.org, abgerufen vom 12.04.2021
6. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 13.04.2021
7. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 03.02.2023

BP Europa

Die BP Europa SE ist die Europäische Aktiengesellschaft des BP-Konzerns, die am 30. April 2010 durch die Verschmelzung der BP Landesgesellschaften in Belgien, den Niederlanden, Österreich und Polen mit der Deutschen BP AG gegründet wurde.^[1] Die Muttergesellschaft des international tätigen Energiekonzerns ist die BP p.l.c. mit Sitz in London. 2021 erwirtschaftete der Konzern, der 65.900 Personen beschäftigt, einen Umsatz in Höhe von ca. 158 Mrd. U.S. Dollar.^[2] Im gleichen Jahr erzielte BP in Deutschland einen Umsatz von 29 Mrd. Euro mit 9.414 Beschäftigten.^[3]

BP Europa SE

Rechtsfo	Europäische Aktiengesellschaft bzw.
rm	p.l.c. (Konzernmutter)
Tätigke	Energie mit Schwerpunkt Mineralöl
sbereich	
Gründun	1917
gsdatum	
Hauptsitz	London
Lobbybür	BP Europa SE, Pariser Platz 3, 10117
o	Berlin
Lobbybür	BP plc, Archimedes Building 11 Rond
o EU	Point R. Schuman 1040 Brüssel
Webadre	bp.com bzw. bp.com/de
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten in Deutschland	87
2 Lobbystrategien und Einfluss	87
2.1 Angaben in den Lobbyregistern	87

2.2 Greenwashing & Image Wandel	88
3 Fallbeispiele und Kritik	88
3.1 Riskante Suche nach Öl und Gas	88
3.2 Consumer Energy Alliance	88
3.3 Deep Water Horizon	89
3.4 Studie zu Bürgerprotesten	89
3.5 BP auf der COP 27 in Ägypten	90
3.6 Weiterführende Informationen	90
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	90
5 Einelnachweise	90

Aktivitäten in Deutschland

Die BP Europa SE hat ihren Sitz in Hamburg, Überseeallee 1, die Hauptverwaltung für Deutschland befindet sich in Bochum. Vorstandsvorsitzender von BP Europa ist Wolfgang Langhoff. Als Cheflobbyist in Berlin (Director External Affairs in Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg) betätigt sich Enno Harks.

BP betreibt in Deutschland zwei Raffinerien und stellt Kraftstoffe, Heizöl und Schmierstoffe her, die an Großhändler, Zwischenhändler und über Tankstellen an Endkunden verkauft werden, sowie Grundstoffe für die chemische Industrie. Die Marken sind BP, Aral und Castrol. Mit rund 2.400 Tankstellen ist Aral die Nr. 1 im deutschen Markt. Unter der Marke "Aral pulse" ist BP zunehmend in der Elektromobilität tätig und zählt mit Ultraschnell-Ladesäulen zu den führenden Anbietern in diesem Segment. Der Geschäftsbereich Air bp umfasst den Vertrieb von Turbinenkraftstoff (Jet A1) und Kolbenmotor-Flugbenzin an Flughäfen. In Hamburg plant BP, ein eigenes Offshore-Windbüro zu eröffnen, um den Eintritt in den deutschen Markt für Windenergie vorzubereiten.

Quellen: [4][5]

Lobbystrategien und Einfluss

Angaben in den Lobbyregistern

Im EU Transparenzregister gibt BP p.l.c. an (Stand: 23.06.2022), im Jahr 2021 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 12 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 5,7) zu beschäftigen. [6] Im deutschen Lobbyregister gibt BP Europa an (Stand: 01.12.2022), im Jahr 2021 zwischen 940.001 bis 950.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen. [7]

Laut deutschem Lobbyregister ist BP Europa Mitglied in den folgenden Organisationen (Auswahl):

- American Chamber of Commerce in Germany
- Deutsch-Aserbaidschanisches Forum
- Deutsches Verkehrsforum
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- en2x - Wirtschaftsverband Fuels und Energie
- EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler
- Förderkreis der Deutschen Energie
- Forum für Zukunftsenergien

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Grüner Wirtschaftsdialog
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- Verband der Schmierstoffindustrie
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Collegium](#)
- Power to X Alliance
- [Gaskoalition](#)
- Aireg - Aviation Initiative for Renewable Energy in Aviation
- Allianz Wasserstoffmotoren
- Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur
- KlimaDiskurs.NRW
- H2GlobalStiftung
- Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore
- AquaVentus Förderverein

Greenwashing & Image Wandel

Ab 2000 begann der Imagewandel von BP ^[8]. Der Konzern beauftragt die amerikanische PR-Firma Ogilvy & Mather für ein neues Image bei BP zu sorgen. Die PR-Firma veränderte den Name von „British Petroleum“ in „beyond petroleum“, was mit „weit mehr als Erdöl“ übersetzt werden kann. Außerdem wurde das Logo des Energie Konzernen verändert. Eine gelb-grüne-weiße Sonne soll das Umweltengagement und den Vorrang erneuerbarer Energien widerspiegeln.

Auch in Deutschland möchte BP als „grünes Unternehmen“ wahrgenommen werden. Um diese neue Außendarstellung zu stärken, bewarb BP mit mehreren Anzeigen und Kampagnen das neue Image. Außerdem wurde der Schulwettbewerb Klima&Co beworben, bei dem das Thema Energiereduzierung lautete.

Fallbeispiele und Kritik

Riskante Suche nach Öl und Gas

BP suchte immer riskanter nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen. Für diese Suche benötigte BP die Zustimmung der Politik. Im Jahr 2009 waren die Lobbyausgaben von Erdöl- und Erdgasindustrie so hoch wie nie zuvor. Die Branche - darunter BP - gab im Jahr 2009 175 Millionen US-Dollar für Lobbying aus.

Consumer Energy Alliance

Im Jahr 2010 gelangte eine Powerpoint-Präsentation eines Treffen der US-amerikanischen Gasindustrie an die Öffentlichkeit ^[9]. Diese stellte Lobbystrategien der Ölindustrien vor. So sollte mit einer Fünf-Jahres Kampagne lokale Gruppe als Unterstützer für Offshore-Bohrungen gewonnen werden. Explizit als Zielgruppe genannt wurden: Veteranenverbände, Verbraucher, Redaktion, Wissenschaftler, und Think Tanks. Dieser Vortrag wurde von der Front Group „Consumer Energy Alliance“, die von BP unterstützt wird, gehalten. Dies war eine gezielte BP-Kampagne, die um die Unterstützung für riskante Offshore-Bohrungen werben sollte.

Deep Water Horizon

Die immer riskantere Suche nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen birgt die Gefahr von Unfällen. Bei Offshore-Bohrungen explodierte im April 2010 die Ölplattform „Deepwater Horizon“ [\[10\]](#). Eine Folge dieser Explosion war die Ölkatstrophe am Golf von Mexiko. Um Schaden von BP abzuwenden, versuchte das Unternehmen den Ausmaß des Unfalls zu vertuschen. So wurden während und nach der Ölkatstrophe Journalisten von BP an der Berichtserstattung vor Ort gestört, z.b. wurden Fotojournalisten daran gehindert, über den Golf von Mexiko zu fliegen, um das Ausmaß der Katastrophe zu dokumentieren [\[11\]](#). Nach der Katastrophe floss erneut viel Geld in PR-Maßnahmen: Im Jahr 2010 gab BP allein von April bis Ende Juli jede Woche fünf Millionen US-Dollar aus [\[12\]](#), um das Image nach der Öl-Katastrophe wieder herzustellen.

2015 haben sich BP und die USA zu einer Entschädigungszahlung von insgesamt 18,7 Milliarden US-Dollar geeinigt. Zu zahlen sind die 18,7 Milliarden Dollar, innerhalb den nächsten 18 Jahren. Insgesamt zahlte der britische Öl-Konzern mehr als 43 Milliarden Dollar seit 2010 für die Folgen und Beseitigungen der Katastrophe. Der Einigung ging ein 5 Jähriger Rechtsstreit voraus in dem BP die Schuld an der Katastrophe zunächst von sich wies. So beschuldigte BP, den Subunternehmer Transocean, da diese die geplatzten Rohre geliefert sowie eingebaut hatten. Das US-Justizministerium sieht die Schuld allerdings eindeutig bei BP. Das Ministerium erklärt das BP eindeutig vorsätzlich und fahrlässig gehandelt habe. [\[13\]](#)

Studie zu Bürgerprotesten

Im Januar 2013 gab BP beim Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Studie zur Untersuchung von Bürgerprotesten in Deutschland in Auftrag. Nach Angaben des Energiekonzerns sollte diese dazu beitragen, die Dialogfähigkeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erhöhen. Das konzerninterne Ziel der Studie aber war es, herauszufinden, welche Einstellungen Aktivisten gegenüber Unternehmen haben und mit welchen Strategien es dem Konzern gelingen kann, größerer Akzeptanz für umstrittene Projekte zu schaffen. Somit steht die Studie im Kontext einer breiten Diskussion innerhalb der Szene der Lobbyisten und Kommunikationsberater. [\[14\]](#)

Zwar betonte das Göttinger Institut, im Vertrag mit BP sei jeglicher Einfluss auf Methodik, Projektdesign oder die Interpretation der Ergebnisse ausgeschlossen worden. Dennoch gab es während des Verlaufs der Studie indirekten Kontakt mit BP über den Dienstleister kmw outrage management. Die Beratungsfirma bietet Unternehmen an, sie bei Kommunikationskrisen und dem Umgang mit öffentlichen Protesten zu unterstützen. Dazu gehört auch die Begleitung von Untersuchungen im Auftrag von Industriekunden. So wirbt kmw outrage management auf ihrer Website explizit mit der BP-Studie. Zudem haben zwei der drei Partner früher bei dem Energiekonzern gearbeitet. [\[15\]](#)

Des Weiteren ist problematisch, dass die Rolle von BP gegenüber den Befragten nicht von Anfang an offen gelegt wurde. Denn zwischen zwischen ihnen und dem Geldgeber herrschen zumindest teilweise Interessenkonflikte. Die Studienteilnehmer waren erst am Ende der Gespräche über die Finanzierung durch BP und das Erkenntnisinteresse des Ölkonzerns aufgeklärt worden und hatten somit keine Möglichkeit, eine Teilnahme aus diesen Gründen abzulehnen.

Mittlerweile hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung eine weitere Studie im Auftrag von BP veröffentlicht. Diese ist eine Fortsetzung der Analyse gesellschaftlicher Akteure. Befragt wurden diesmal neben Gesellschaftern und Vorstände auch Geschäftsführer und Unternehmer zu deren Werten, Selbstwahrnehmung und ihren Blick auf Gesellschaft und Politik. Laut Auftraggeber BP sowie dem Göttinger Forschungsinstitut soll die neue Untersuchung einen Beitrag dazu leisten, „vorherrschende Einschätzungen über Unternehmer zu überprüfen, zu ergänzen und möglicherweise auch zu korrigieren.“ [\[16\]](#)

BP auf der COP 27 in Ägypten

Die 27. UN Climate Change Conference fand vom 6.-18. Nov. 2022 in Sharm El-Sheikh, Ägypten, statt. In diesem Jahr waren 636 Lobbyisten von Öl-, Gas- und Kohlekonzernen akkreditiert, laut [Global Witness](#) 100 mehr als im vergangenen Jahr. [\[17\]](#)

Besondere Einblicke konnte sich Bernhard Looney, CEO von BP, verschaffen: Er war Mitglied der offiziellen Delegation von Mauretanien und hatte damit erweiterte Zutrittsrechte in die Konferenzbereiche für Regierungsdelegationen. Darüber hinaus waren noch vier weitere BP-Mitarbeiter:innen Teil des mauretanischen Teams. [\[18\]](#) Parallel wurde eine Vereinbarung zwischen BP und der mauretanischen Regierung über die Produktion von grünem Wasserstoff getroffen.

Weiterführende Informationen

Machtspielchen - Der Podcast von LobbyControl zum Thema "Mineralölkonzerne: Fette Profite und die Übergewinnsteuer" vom 16.03.2023[\[1\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), bp.com/de, abgerufen am 09.12.2022
2. ↑ [Umsatz des Bp-Konzerns in den Jahren 2003 bis 2021](#), statista.com,abgerufen am 10.12.2022
3. ↑ [Zahlen & Daten](#), bpr.com/de, abgerufen am 09.12.2022
4. ↑ [BP Europa SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.12.2022
5. ↑ [Aufwind für erneuerbare energien](#), bp.com/de vom 26.12.2022, abgerufen am 09.12.2022
6. ↑ [BP p.l.c.](#), ec.europa.eu, abgerufen am 10.12.2022
7. ↑ [BP Europa](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.12.2022
8. ↑ [Greenwash von BP Klarsicht dank Ölteppich](#), taz.de vom 24. 5. 2010, abgerufen am 01.06.2015
9. ↑ [Sourcwatch: Consumer Energy Alliance](#) abgerufen am 01.06.2015
10. ↑ [Ölpest: Warum explodierte die "Deepwater Horizon"? vom 6. Mai 2010, abgerufen am 01.06.2015](#)
11. ↑ [Ölpest im Golf: BP-Zensoren verschleiern die Umweltkatastrophe](#) vom 12.06.2010, abgerufen am 01.06.2015
12. ↑ [Dirty Money: Big Oil and corporate polluters spent over \\$500 million to kill climate bill, push offshore drilling](#) vom 27.11.2010
13. ↑ [\[http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/einigung-mit-us-justizministerium-die-strafe-sichert-der-golfregion-konstante-einkommen/12004658-2.html\]](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/einigung-mit-us-justizministerium-die-strafe-sichert-der-golfregion-konstante-einkommen/12004658-2.html) Einigung mit US-Justizministerium BP zahlt höchste Strafe der Wirtschaftsgeschichte] vom 02.07.2015, abgerufen am 03.07.2015
14. ↑ [LobbyControl: BP lässt Bürgerproteste Untersuchen - was steckt dahinter?](#), abgerufen am 17.11.2016
15. ↑ [kmw outrage management](#), abgerufen am 17.11.2016
16. ↑ [Zweite BP Gesellschaftsstudie](#), abgerufen am 17.11.2016

17. ↑ [636 fossil fuel lobbyists granted access to COP27 Global Witness](#) 10. Nov. 2022, abgerufen am 8.12.2022
18. ↑ [COP27: BP chief listed as delegate for Mauritania BBC](#) vom 10. Nov. 2022, abgerufen am 8. Dez. 2022